Stenographischer Bericht

8. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIII. Gesetzgebungsperiode – 11. Juni 1996

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Abg. Heibl.

1. a) Zuweisungen (525).

b) Anträge (528).

c) Mitteilungen (529).

2. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 152/1, Beilage Nr. 24, Landesverfassungsgesetz über den Verlauf der Staatsgrenze zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien in den Grenzabschnitten II, IV bis VII und in Teilen der Grenzabschnitte IX und X (regulierter Glanzbach).

Berichterstatterin: Abg. Beutl (529).

Beschlußfassung (529).

3. Bericht des Gemeinde-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 150/1, Beilage Nr. 22, Gesetz über die Einmalzahlung für die Bediensteten der Landeshauptstadt Graz in den Jahren 1996 und 1997.

Berichterstatter: Abg. Korp (530).

Beschlußfassung (530).

4. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 146/1, betreffend den Tierschutzbericht 1994/95.

Berichterstatter: Abg. Alfred Prutsch (531).

Redner: Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (531), Abg. Dietrich (533), Abg. Mag. Zitz (533), Abg. Ing. Peinhaupt, (534), Abg. Dr. Karisch (535), Abg. Riebenbauer (537), Abg. Kaufmann (538), Abg. Mag. Zitz (539), Landesrat Pörtl (539).

Beschlußfassung (542).

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 147/1, betreffend den Abverkauf der Grundstücke 408/20 und .1202 der EZ. 693, KG. Mürzzuschlag, an Othmar Kern, Grautschenhof 15, Spital am Semmering, zum Preis von 1,300.000 Schilling.

Berichterstatter: Abg. Vollmann (542).

Beschlußfassung (543).

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 148/1, betreffend den Abverkauf des Trennstückes 1 des Grundstückes 56 der EZ. 2727, KG. 63125 Webling, im Ausmaß von 785 Quadratmeter an die Interessensgemeinschaft Süd-Ost um 769.300 Schilling.

Berichterstatter: Abg. Vollmann (543).

Beschlußfassung (543).

7. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den 13. und 14. Bericht der Volksanwaltschaft an den Steiermärkischen Landtag, Einl.-Zahl 5/1.

Berichterstatterin: Abg. Dr. Karisch (543).

Redner: Abg. Herrmann (543), Abg. Dr. Karisch (544), Abg. Dr. Wabl (545), Abg. Wiedner (547), Abg. Wicher (548), Abg. Dr. Brünner (549), Abg. Schleich (550), Abg. Schinnerl (551), Abg. Ing. Löcker (552).

Beschlußfassung (553).

8. Antrag, Einl.-Zahl 170/1, der Abgeordneten Dr. Lopatka, Dipl.-Ing. Getzinger, Mag. Zitz und Schützenhöfer, betreffend die Umbenennung des Landtags-Ausschusses für

Europäische Integration in „Ausschuß für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit“. Von der Tagesordnung abgesetzt. (525)

9. Bericht des Gemeinde-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 151/1, Beilage Nr. 23, Gesetz, mit dem die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz geändert wird.

Berichterstatter: Abg. Korp (530).

Beschlußfassung (531).

Beginn der Sitzung: 10.06 Uhr.

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Hohes Haus!

Heute findet die achte Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden XIII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt ist der Herr Abgeordnete Heibl.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, den Tagesordnungspunkt 8 von der Tagesordnung abzusetzen, um eine Klärung juridischer Fragen herbeizuführen.

Gemäß Paragraph 27 Absatz 5 der Geschäftsordnung ist hierfür die Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Ich ersuche Sie um mehr Aufmerksamkeit.

Wer diesem Vorschlag zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Besteht gegen die übrige Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Folgende Geschäftsstücke liegen heute auf, die ich wie folgt zuweise:

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Siegfried Ussar, die Zuweisungen zu verlesen.

Abg. Ussar:

Zuweisungen an die Landesregierung:

den Antrag, Einl.-Zahl 155/1, der Abgeordneten Heibl, Schleich, Dipl.-Ing. Grabner und Dr. Flecker, betreffend die Vollziehung des Steiermärkischen Grundverkehrsgesetzes;

den Antrag, Einl.-Zahl 156/1, der Abgeordneten Schleich, Heibl, Dipl.-Ing. Grabner, Dipl.-Ing. Getzinger und Herrmann, betreffend die Vollziehung des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes;

den Antrag, Einl.-Zahl 157/1, der Abgeordneten Heibl, Schleich, Dipl.-Ing. Grabner, Dipl.-Ing. Getzinger und Herrmann, betreffend die Vollziehung des Steiermärkischen Baugesetzes;

den Antrag, Einl.-Zahl 158/1, der Abgeordneten Heibl, Schrittwieser, Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Dr. Flecker, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Herrmann, Huber, Kaufmann, Korp, Kröpfl, Günther Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schuster, Dr. Strenitz, Ussar und Vollmann, betreffend den zweigleisigen Ausbau der Eisenbahnverbindung Graz-Spielfeld;

den Antrag, Einl.-Zahl 159/1, der Abgeordneten Gennaro, Dr. Flecker, Günther Prutsch, Gross, Dr. Bachmaier-Geltewa, Mag. Erlitz, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Heibl, Herrmann, Huber, Kaufmann, Korp, Kröpfl, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Dr. Strenitz, Ussar und Vollmann, betreffend die rasche Umsetzung von Projekten im Sinne des Sonderinvestitionsprogrammes der Budgetvereinbarung für die Haushaltsjahre 1996 und 1997;

den Antrag, Einl.-Zahl 161/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Gennaro, Gross und Günther Prutsch, betreffend die Änderung der Förderungsrichtlinien des steirischen Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogrammes;

den Antrag, Einl.-Zahl 164/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Herrmann, Kröpfl und Mag. Erlitz, betreffend Biotopkartierung und Tabuzonenkartierung;

den Antrag, Einl.-Zahl 165/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Huber, Schleich, Günther Prutsch und Herrmann, betreffend die Erlassung von Richtlinien für die Förderung der energetischen Nutzung der Geothermie;

den Antrag, Einl.-Zahl 166/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Kaufmann, Herrmann und Schleich, betreffend Förderungsprogramm für Pilotanlagen zur mechanisch-biologischen Restmüllbehandlung;

den Antrag, Einl.-Zahl 168/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Purr, Riebenbauer, Dr. Lopatka und Straßberger, betreffend die rasche Umsetzung von Projekten im Sinne des Sonderinvestitionsprogrammes der Budgetvereinbarung für die Haushaltsjahre 1996 und 1997;

den Antrag, Einl.-Zahl 171/1, der Abgeordneten Tschernko, Heibl, Alfred Prutsch, Günther Prutsch und Wiedner, betreffend die Durchführung einer Landesausstellung in Leibnitz-Wagna zum Thema „Römer in der Steiermark – Flavia Solva“;

den Antrag, Einl.-Zahl 172/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend Kosten für das Personalerfordernis der Landeslandwirtschaftskammer zur Erfüllung der vom Land übertragenen Agenden;

den Antrag, Einl.-Zahl 174/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend Minderung der Erwerbsfähigkeit;

den Antrag, Einl.-Zahl 175/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend Förderung des heimischen Kartoffelbaues;

den Antrag, Einl.-Zahl 176/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend die Diskriminierung der Rundholztransporte in Österreich;

den Antrag, Einl.-Zahl 177/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Dietrich und Mag. Bleckmann, betreffend die Einführung der Mineralölsteuerrückvergütung für landwirtschaftliche Fuhrwerke;

den Antrag, Einl.-Zahl 178/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend Zuschuß für Milch;

den Antrag, Einl.-Zahl 179/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend EU-konforme Sicherstellung des Zuschusses bei der Anlieferung von Milch und Milcherzeugnissen an Abnehmer im Sinne der EU-Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse im Rahmen der zustehenden einzelbetrieblichen Anlieferungsreferenzmenge, für die keine Zusatzabgabe zu entrichten ist;

den Antrag, Einl.-Zahl 180/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend die Einrichtung eines flächendeckenden EDV-unterstützten Informationssystems für landwirtschaftliche Betriebs- und Förderungsberatung;

den Antrag, Einl.-Zahl 182/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend die Änderung der Pauschalierungsverordnung für landwirtschaftliche Betriebe;

den Antrag, Einl.-Zahl 183/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend Änderung der Gewerbeordnung im Bereich der bäuerlichen Direktvermarktung und des landwirtschaftlichen Nebengewerbes;

den Antrag, Einl.-Zahl 184/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend die Gleichschaltung von Honorarleistungen an praktische Ärzte im Bereich der bäuerlichen Krankenversicherung;

den Antrag, Einl.-Zahl 185/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend die Gleichstellung von Voll- und Nebenerwerbsbauern in der bäuerlichen Unfallversicherung;

den Antrag, Einl.-Zahl 186/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend Ausnahmeregelung für bäuerliche Nachbarschaftshilfe bei der Beitragspflicht zur Kranken- und Pensionsversicherung;

den Antrag, Einl.-Zahl 187/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Mag. Bleckmann und Schinnerl, betreffend die Änderung der Bemessungsgrundlage für die Bereitstellung von Leistungseinheiten bei Strom durch die STEWEAG und Förderung der Anlagentrennung aus öffentlichen Mitteln;

den Antrag, Einl.-Zahl 188/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend die Selbstbehaltregelung in der Sozialversicherungsanstalt der Bauern;

den Antrag, Einl.-Zahl 189/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend pensionsbegründende Anrechnung der Kindeserziehungszeiten bei Bäuerinnen;

den Antrag, Einl.-Zahl 190/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Mag. Bleckmann, Dietrich und Schinnerl, betreffend verpflichtende Entschädigung aller sich ergebenden wirtschaftlichen Nachteile, die aus Verordnungen auf Grund des Wasserrechtsgesetzes resultieren;

den Antrag, Einl.-Zahl 191/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend die Anerkennung der außerlandwirtschaftlichen Berufsausbildung im Zuge des Dualsystems in den steirischen Landwirtschaftsschulen;

den Antrag, Einl.-Zahl 192/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend soziale Gleichbehandlung der Bauern;

den Antrag, Einl.-Zahl 193/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend Soforthilfe im Wintergetreidebau;

den Antrag, Einl.-Zahl 194/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Ing. Schreiner, Wiedner und Mag. Bleckmann, betreffend eine rasche und umweltgerechte Verkehrsbelastung der Ortschaft St. Georgen ob Judenburg.

Zuweisung an den Ausschuß für Bau, Wohnbau und Raumordnung:

den Antrag, Einl.-Zahl 154/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend den Einbau von Wasserzählern als Förderungsvoraussetzung bei der Errichtung von Wohnungen, Wohnheimen und Eigenheimen.

Zuweisung an den Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten:

den Antrag, Einl.-Zahl 173/1, der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend die umfassende Novellierung und Wiederverlautbarung des Steiermärkischen Kulturförderungsgesetzes, LGBl. Nr. 87/1985.

Zuweisungen an den Finanz-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 199/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 1996 (2. Bericht für das Rechnungsjahr 1996);

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 202/1, betreffend die Bereitstellung der dritten und vierten Tranche von jeweils 30 Millionen Schilling in den Landesvoranschlägen 1998 und 1999 im Zusammenhang mit der Finanzierung des Projektkostenzuschusses an die Firma AMS Austria Mikrosysteme International in Höhe von insgesamt 120 Millionen Schilling;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 203/1, betreffend Landeskrankenhaus Graz 2000, Verlegung der Stiftingtalstraße, Grund- beziehungsweise Objekteinlösung Vallant;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 206/1, betreffend Steiermärkische Landesforste, Säge Gstatterboden, endgültige Schließung sowie Abverkauf von Maschinen und Förderanlagen zu einem voraussichtlichen Erlös von zirka 2,7 Millionen Schilling, Vereinnahmung zugunsten VSt. 2/866028-0200.

Zuweisung an den Gemeinde-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 200/1, Beilage Nr. 26, Landesgesetz, mit dem das Gesetz vom 4. Februar 1957, LGBl. Nr. 34, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 14/1996, betreffend die Dienstordnung der öffentlich-rechtlichen Bediensteten der steirischen Gemeinden mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut (Gemeindebedienstetengesetz 1957 - GBG 1957), geändert wird.

Zuweisungen an den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

den Antrag, Einl.-Zahl 181/1, der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dietrich, Schinnerl und Mag. Bleckmann; betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Tierschutz- und Tierhaltegesetzes, LGBl. Nr. 74/1984, in der Fassung LGBl. Nr. 45/1993;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 201/1, betreffend den Bodenschutzbericht 1995.

Zuweisungen an den Ausschuß für Umweltschutz und Energie:

den Antrag, Einl.-Zahl 162/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Huber, Dr. Flecker und Mag. Erlich, betreffend Beauftragung der Energieverwertungsagentur mit der Durchführung einer Bedarfsstudie zur 380-kV-Leitung;

den Antrag, Einl.-Zahl 163/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Heibl, Korp und Kröpfl, betreffend den Grenzwert für Nitrat im Trinkwasser und im Grundwasser;

den Antrag, Einl.-Zahl 167/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Günther Prutsch, Heibl und Kaufmann, betreffend den verstärkten Einsatz von „Ökodiesel“ in Kraftfahrzeugen des Landes Steiermark.

Zuweisungen an den Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß:

den Antrag, Einl.-Zahl 195/1, der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Ing. Schreiner, Schinnerl, Dipl.-Ing. Vesko und Wiedner, betreffend die Abänderung des Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes;

den Antrag, Einl.-Zahl 196/1, der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Landesbeamtengesetzes;

den Antrag, Einl.-Zahl 197/1, der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Ing. Schreiner, Schinnerl, Dipl.-Ing. Vesko und Wiedner, betreffend Änderung der Landesverfassung;

den Antrag, Einl.-Zahl 198/1, der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Landesvertragsbedienstetengesetzes;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 205/1, Beilage Nr. 27, Gesetz über die Gleichbehandlung von Frauen und Männern und die Förderung von Frauen im Bereich des Landes (Landes-Gleichbehandlungsgesetz L-GBG).

Zuweisung an den Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 204/1, betreffend die Verkehrsinfrastruktur für die Steiermark, Ausbaumaßnahmen und Instandhaltung, Aufnahme von Vertragsverhandlungen mit dem Bund.

Zuweisung an den Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz:

den Antrag, Einl.-Zahl 160/1, der Abgeordneten Kaufmann, Vollmann, Schrittwieser und Ussar, betreffend die Förderung von Beherbergungsbetrieben im allgemeinen und des Tourismus- und Ausbildungsprojektes Eisenerz im besonderen.

Präsident: Ich bedanke mich und teile mit, daß folgende Anträge heute eingebracht wurden, die ich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführe.

Ich ersuche wiederum den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Siegfried Ussar, die Verlesung der Anträge vorzunehmen.

Abg. Ussar:

Antrag der Abgeordneten Heibl, Günther Prutsch, Kröpfl und Schuster, betreffend den raschen Bau von Ortsumfahrungen im Saggautal;

Antrag der Abgeordneten Vollmann, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa und Dipl.-Ing. Grabner, betreffend die Instandsetzung und den Umbau der L 103 zwischen Kapellen und dem Preiner Gscheid (niederösterreichisch-steirische Landesgrenze);

Antrag der Abgeordneten Vollmann, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa und Ussar, betreffend die Erstellung eines Verkehrskonzeptes für das Neuberger Tal von Mürzzuschlag bis Mürzsteg beziehungsweise Altenberg an der Rax;

Antrag der Abgeordneten Dr. Karisch, Majcen, Alfred Prutsch, Riebenbauer und Tasch, betreffend die Novellierung des Berggesetzes;

Antrag der Abgeordneten Mag. Hartinger, Mag. Bleckmann, Ing. Schreiner und List, betreffend Leistungsdocumentation im Rahmen der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung;

Antrag der Abgeordneten Schinnerl, Ing. Schreiner, Dipl.-Ing. Chibidziura und Ing. Peinhaupt, betreffend Aufrechterhaltung der Eisenbahnstrecke Anger-Birkfeld;

Antrag der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner, Dr. Wabl und Mag. Zitz, betreffend die Einrichtung eines AusländerInnenbeirates für das Land Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend eine Satzungsänderung bei der STEWEAG.

Da dieser Antrag nur von zwei Abgeordneten unterfertigt ist, ersuche ich den Herrn Präsidenten, die Unterstützungfrage zu stellen.

Präsident: Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage. Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Dieser Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Ich bitte den Herrn Schriftführer, mit der Verlesung der Anträge fortzufahren.

Abg. Ussar:

Antrag der Abg. Mag. Zitz, Dr. Wabl, Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend die Anlegung von Vergleichs- und Weiserflächen als Basis bei der Festlegung der Wildabschüsse und für die Erstellung der Waldverjüngungszustandserhebung;

Antrag der Abgeordneten Korp, Dr. Flecker, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dr. Strenitz, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Huber, Kaufmann, Kröpfl, Prutsch, Dr. Reinprecht, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Ussar und Vollmann, betreffend Maßnahmen zu einer Verwaltungsreform in der Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Kaufmann, Vollmann und Herrmann, betreffend einem erhöhten Beitrag der in der Steiermark agierenden Energieversorgungsunternehmen zur Erreichung der Ziele des Energieplanes II sowie der Ziele des Klimabündnisses Europa/Amazonien;

Antrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Kaufmann, Gennaro und Heibl, betreffend Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes im Bezirk Liezen;

Antrag der Abgeordneten Günther Prutsch, Schrittwieser, Heibl und Dipl.-Ing. Grabner, betreffend die Erstellung eines Verkehrskonzeptes für den Bezirk Radkesburg;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Vollmann, Huber und Schuster, betreffend verstärkte Berücksichtigung energiepolitischer Ziele in der Raumordnung;

Antrag der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Gross, Kaufmann und Gennaro, betreffend die Förderung von Fraueninitiativen zur Soforthilfe für bedrohte und mißhandelte Frauen und deren Kinder;

Antrag der Abgeordneten Mag. Erlitz, Gennaro, Gross und Dr. Reinprecht, betreffend Einführung eines Medikamentenpasses für die steirische Bevölkerung;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Vollmann, Kaufmann und Kröpfl, betreffend die Verwendung der Einnahmen aus der Besteuerung von Strom und Gas („Energiesteuer“) zur Förderung von Fernwärme und Alternativenergien;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Heibl, Kaufmann und Kröpfl, betreffend die Novellierung der Verordnung, betreffend Regelung der Preise für bestimmte Einspeisungen elektrischer Energie in das öffentliche Netz der Steiermark;

Antrag der Abgeordneten Kaufmann, Schrittwieser, Korp und Ussar, betreffend den raschen Ausbau der „Eisenbundesstraße“ B 115 und der Landesstraße L 127;

Antrag der Abgeordneten Heibl, Günther Prutsch, Schuster und Schleich, betreffend die Errichtung eines Straßentunnels durch den Schloßbeg in Ehrenhausen;

Antrag der Abgeordneten Huber, Herrmann, Schrittwieser und Dipl.-Ing. Getzinger, betreffend die Erhaltung der Feistritzalbahn;

Antrag der Abgeordneten Heibl, Günther Prutsch, Schrittwieser und Schleich, betreffend die Errichtung einer Verbindungsstraße von der A 9, Autobahnknoten Gralla, nach Sajach;

Antrag der Abgeordneten Huber, Herrmann, Dipl.-Ing. Getzinger und Korp, betreffend Durchführung einer Landesausstellung in der Region Weiz–Gleisdorf zum Thema „Energie – gestern, heute, morgen“.

Präsident: Ich danke Ihnen und teile dem Hohen Haus mit, daß der Herr Landesrat Erich Pörtl die Anfrage der Abgeordneten Wiedner, List, Dipl.-Ing. Chibidziura und Ing. Peinhaupt, betreffend die Sanierung der Altlast Mülldeponie Jöß, schriftlich beantwortet hat.

Weiters teile ich dem Hohen Haus mit, daß die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 151/1, Beilage Nr. 23, Gesetz, mit dem die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz geändert wird, in der Sitzung des Gemeinde-Ausschusses am 4. Juni 1996 zurückgestellt wurde.

Da für dieses Gesetz eine Dringlichkeit besteht, unterbreche ich nunmehr die Landtagssitzung für die Dauer der Sitzung des Gemeinde-Ausschusses, um diesem Ausschuß Gelegenheit zu geben, über diese Regierungsvorlage zu beraten und anschließend dem Hohen Haus antragstellend berichten zu können.

Ich ersuche daher die Mitglieder des Gemeinde-Ausschusses, sich in den Rittersaal zu begeben.

Die Sitzung ist unterbrochen. (Unterbrechung der Sitzung: 10.23 Uhr bis 10.40 Uhr.)

Nunmehr darf ich feststellen, daß die Sitzung des Gemeinde-Ausschusses längst beendet ist, und ich ersuche die Ordner und die anderen dafür Verantwortlichen, die Damen und Herren Abgeordneten in den Plenarsaal zu bitten.

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und teile dem Hohen Haus mit, daß der Gemeinde-Ausschuß über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 151/1, Beilage Nr. 23, Gesetz, mit dem die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz geändert wird, beraten hat und nunmehr antragstellend berichten kann.

Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, den Bericht des Gemeinde-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 151/1, Beilage Nr. 23, als Tagesordnungspunkt 9 auf die heutige Tagesordnung zu setzen und diesen Tagesordnungspunkt wegen des inneren sachlichen Zusammenhanges mit dem Tagesordnungspunkt 3 gemeinsam zu behandeln, jedoch getrennt abstimmen zu lassen.

Gemäß § 27 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ist für die Ergänzung der

Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Wenn Sie meinen Vorschlägen zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich gehe zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 27 Absatz 3 der Geschäftsordnung über und komme zum Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 152/1, Beilage Nr. 24, Landesverfassungsgesetz über den Verlauf der Staatsgrenze zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien in den Grenzabschnitten II, IV bis VII und in Teilen der Grenzabschnitte IX und X (regulierter Glanzbach).

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Walburga Beutl.

Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Beutl (10.42 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren!

Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 152/1, Beilage Nr. 24, betrifft ein Landesverfassungsgesetz über den Verlauf der Staatsgrenze zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien in einzelnen Grenzabschnitten.

Am 24. Oktober 1995 wurde in Laibach ein Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien über den Verlauf der Staatsgrenze in den Grenzabschnitten II, IV bis VII und in Teilen der Grenzabschnitte IX und X unterzeichnet.

Zur innerstaatlichen Durchführung dieses Staatsvertrages sind nach den Bestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes, Artikel 3 Absatz 2 B-VG, übereinstimmende Verfassungsgesetze des Bundes und jener Länder erforderlich, die von der Grenzänderung betroffen sind.

Zur innerstaatlichen Durchführung dieses Staatsvertrages ist also ein solches Gesetz notwendig, und ich stelle daher den Antrag, dieses Gesetz anzunehmen. (10.43 Uhr.)

Präsident: Ich danke der Berichterstatterin. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Bei diesem Gesetzesvorschlag handelt es sich um ein Verfassungsgesetz. Ich weise daher auf Paragraph 48 der Geschäftsordnung, in Verbindung mit dem Paragraphen 20 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 hin, wonach ein Verfassungsgesetz nur bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Landtages und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschlossen werden kann.

Ich stelle fest, daß das Anwesenheitserfordernis erfüllt ist.

Ich komme nun zur Abstimmung. Jene Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Gemeinde-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 150/1, Beilage Nr. 22, Gesetz über die Einmalzahlung für die Bediensteten der Landeshauptstadt Graz in den Jahren 1996 und 1997.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ernst Korp.

Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Korp (10.45 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, verehrte Damen und Herren!

Zu dieser Regierungsvorlage darf ich wie folgt berichten:

Das Verhandlungskomitee der Gebietskörperschaften und der Verhandlungsausschuß der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes haben am 16. Februar 1996 für die Laufzeit vom 1. April 1996 bis zum 31. Dezember 1997 folgendes Gehaltsabkommen erzielt:

Die vom Abkommen erfaßten öffentlich Bediensteten erhalten am 1. April 1996 eine Einmalzahlung von 2700 Schilling und am 1. Februar 1997 eine weitere Einmalzahlung von 3600 Schilling. Teilzeitbeschäftigten und Pensionisten gebührt ein aliquoter Teil dieses Betrages. Von den Einmalzahlungen sind Sozialversicherungsbeiträge und allfällige Arbeitslosenversicherungsbeiträge nicht zu entrichten. Eine entsprechende Bestimmung für Pensionsbeiträge ist entbehrlich, da die Einmalzahlungen im Gehaltsgesetz 1956 ohnehin nicht unter den pensionspflichtigen Bezügen angeführt sind. Ansonsten wirken sich die Einmalzahlungen auf die laufenden Bezüge der Pensionen besoldungsrechtlich nicht aus. Sie sind damit weder in der Bemessungsbasis einer Sonderzahlung noch in die Bemessungsbasis von Überstundenvergütungen und dergleichen einzubeziehen.

Ich darf das Hohe Haus bitten, dieser Vorlage die Zustimmung zu erteilen. (10.46 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich.

Zum Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Gemeinde-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 151/1, Beilage Nr. 23, Gesetz mit dem die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz geändert wird,

erteile ich ebenfalls dem Herrn Berichterstatter Abgeordneten Ernst Korp das Wort.

Abg. Korp (10.47 Uhr): Sehr verehrte Damen und Herren!

Auch dieses Stück ist ein weiterer Beitrag des öffentlichen Dienstes zum Stabilisierungsprogramm des Bundes, und auch diese Novelle betrifft den Bereich der Stadt Graz in seiner legislativen Umsetzung, und ich darf zu diesem Stück wie folgt berichten:

Im wesentlichen geht es dabei um Zielvorgaben bei der Ruhegehaltbemessungsgrundlage, bei Ruhestand, den Änderungen, wie Sie aus der Vorlage entnehmen können, bei der Jubiläumsumwendung sowie der Erhöhung der Wirtschaftsleistungen bei den Krankenfürsorgebeiträgen in der Höhe von 0,6 Prozent und letztlich auch im wesentlichen der Herabsetzung der Altersgrenze bei der Kinderzulage vom 27. auf das 26. Lebensjahr. Um den rechtlichen Bestimmungen

Genüge zu leisten, habe ich hier dazu folgenden mündlichen Bericht im Detail wie folgt darzulegen:

Der Gemeinde-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 11. Juni 1996 über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 151/1, Beilage Nr. 23, Gesetz, mit dem die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956 geändert wird, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Gemeinde-Ausschuß stellt den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 151/1, Beilage Nr. 23, Gesetz, mit dem die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz geändert wird, wird mit nachstehenden Änderungen beschlossen:

Artikel I: Nach der Ziffer 2 sind folgende Ziffern 3, 4 und 5 einzufügen:

Drittens: In Paragraph 21 Absatz 2 entfällt die Wortfolge „zeitlichen oder dauernden“.

Viertens: In Paragraph 29 Absatz 1 entfällt die Wortfolge „und des zeitlichen Ruhestandes“.

Fünftens: In Paragraph 29 Absatz 2 zweiter Satz entfällt die Wortfolge „bei Beamten des zeitlichen Ruhestandes 10 vom Hundert des dem Ruhegehaltparagraphen entsprechenden Bezuges (Paragraph 47 Absatz 3)“.

Die Ziffer 3 wird zur Ziffer 6 und ist folgende Ziffer 7 einzufügen:

Siebtens: In Paragraph 31 nach Absatz 1 sowie in der Überschrift zu Paragraph 52 entfällt der Ausdruck „dauernden“.

Die Ziffern 4 bis 10 werden zu Ziffern 8 bis 14.

Die Ziffer 11 wird zu Ziffer 15 und ist in Paragraph 49 Absatz 3 der Ausdruck „um 0,1667 vom Hundert“ durch den Ausdruck „um 0,1667 Prozentpunkte“ zu ersetzen.

Die Ziffer 12 wird zu Ziffer 16 und sind Paragraph 50 a Absatz 1 die Worte „Beamte des Ruhestandes sowie deren Hinterbliebene und Angehörige“ durch die Worte „Ruhe- und Versorgungsempfänger sowie Empfänger von Unterhaltsleistungen“ zu ersetzen.

Die Ziffer 13 wird zu Ziffer 17.

Die Ziffer 14 wird zu Ziffer 18 und ist dem Paragraph 53 folgender Absatz 4 anzufügen:

„(4) Wird ein Beamter des Ruhestandes wieder in den Dienststand aufgenommen und ist damit keine Beförderung verbunden, so gebührt ihm die besoldungsrechtliche Stellung, die er zum Zeitpunkt seiner Versetzung in den Ruhestand innegehabt hat. In diesem Fall ist dem Beamten in der Gehaltsstufe, die er anlässlich der Wiederaufnahme in den Dienststand erhält, die Zeit, die er vor seiner Versetzung in den Ruhestand in dieser Gehaltsstufe verbracht hat, soweit für die Vorrückung anzurechnen, als sie nach den damals geltenden Vorschriften für die Vorrückung wirksam gewesen ist.“

Die Ziffern 15, 16, 17 werden zu Ziffern 19, 20 und 21 und ist folgende Ziffer 22 anzufügen:

22. Im Paragraph 127 entfällt die Wortfolge „dauernden oder zeitlichen“.

Artikel II, Übergangsbestimmung, hat wie folgt zu lauten:

„(1) Für sämtliche Bedienstete, die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes in den zeitlichen Ruhestand versetzt wurden, gelten für die Dauer des zeitlichen Ruhestandes die Bestimmungen der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, LGBl. Nr. 30/1957, in der Fassung LGBl. Nr. 13/1996.

(2) Wird ein Bediensteter, der sich zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes in zeitlichem Ruhestand befindet, nach Inkrafttreten dieses Gesetzes in den dauernden Ruhestand versetzt, so gilt dieser dauernde Ruhestand gemäß der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, in der Fassung nach Inkrafttreten dieses Gesetzes. In diesem Falle erfolgt die Festsetzung des Ruhegenusses zum Zeitpunkt der Versetzung in den dauernden Ruhestand gemäß Paragraph 49 und Paragraph 50 der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, in der Fassung nach Inkrafttreten dieses Gesetzes.

(3) Für Bedienstete, die sich zum Zeitpunkt des Inkrafttretens im dauernden Ruhestand befinden, gilt dieser als Ruhestand nach der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, in der Fassung nach Inkrafttreten dieses Gesetzes.

Herr Präsident, damit hätte ich meine Redeübung beendet. (10.53 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Gesetzesvorschläge, Einl.-Zahl 150/1, Beilage Nr. 22, und Einl.-Zahl 151/1, Beilage Nr. 23, enthalten eine Verfassungsbestimmung. Ich weise daher auf Paragraph 48 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages, in Verbindung mit Paragraph 20 Landes-Verfassungsgesetz 1960 hin, wonach ein Landesverfassungsgesetz nur bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Landtages und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschlossen werden kann.

Ich stelle fest, daß das Anwesenheitserfordernis erfüllt ist.

Ich komme nun zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 150/1, Beilage Nr. 22, Gesetz über die Einmalzahlung, die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 151/1, Beilage Nr. 23, Gesetz, mit dem die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz mit den im Mündlichen Bericht Nr. 11 enthaltenen Änderungen die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 146/1, betreffend den Tierschutzbericht 1994/95.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch.

Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Alfred Prutsch (10.56 Uhr): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Ich berichte über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 146/1, betreffend den Tierschutzbericht 1994/95. Im beiliegenden Tierschutzbericht 1994/95 werden einerseits die legislativen Maßnahmen dargestellt, wobei besondere Schwerpunkte auf Landesebene die Vereinbarung der Bundesländer gemäß Artikel 15 a Bundes-Verfassungsgesetz über den Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft und auf Bundesebene das Tiertransportgesetz Strafe bilden. Andererseits wird über die tierschutzrechtlichen Maßnahmen im Rahmen der Vollziehung durch die nach dem Steiermärkischen Tierschutz- und Tierhaltegesetz zuständigen Bezirksverwaltungsbehörden sowie über die Tierschutzarbeit der Tierschutzvereine berichtet. So wurden etwa im Berichtszeitraum 556 Bewilligungen für das Halten von gefährlichen Hunden erteilt. Von Landesseite wurde unter anderem an den Aktiven Tierschutz Steiermark im Jahre 1994 1,3 Millionen Schilling und im Jahr 1995 1,5 Millionen Schilling an Beiträgen geleistet.

Zufolge des Beschlusses der Steiermärkischen Landesregierung vom 29. April 1996 wird nachstehender Antrag gestellt:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Tierschutzbericht 1994/95 wird zur Kenntnis genommen. (10.57 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich und erteile dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (10.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir erleben heute eine kleine Prämie mit der Behandlung dieses Tierschutzberichtes im Steiermärkischen Landtag. Manche von Ihnen können sich noch daran erinnern, in der letzten Legislaturperiode des Landtages haben wir eine Novelle des Tierschutzgesetzes beschlossen und damit auch mitbeschlossen, daß alle zwei Jahre der Steiermärkische Landtag mit den Dingen des Tierschutzes zu befassen ist. Ich glaube, daß wir daran richtig getan haben, ist es doch so, daß – ein kleiner Hinweis – rund 460.000 Österreicherinnen und Österreicher das vor kurzem stattgefunden habende Tierschutzvolksbegehren unterschrieben haben, darunter 66.000 Steirerinnen und Steirer. Tierschutz ist auch, meine Damen und Herren, – und ich glaube, daß man das auch an der Aktivität der Tierschutzorganisationen in der Steiermark ermesnen kann – tatsächlich ein wichtiges Thema, das bisher im Steiermärkischen Landtag praktisch noch überhaupt nicht in dieser Breite behandelt wurde. Ich glaube also, daß wir sehr richtig entschieden haben, daß wir uns zumindest alle zwei Jahre mit der Sache des Tierschutzes auseinandersetzen.

Wir haben im Ausschuß bereits darüber gesprochen, daß wir vielleicht eine noch attraktivere Form der Präsentation dieses Tierschutzberichtes finden sollten. Ich wiederhole hier meinen Vorschlag, den Tierschutzbericht in den Umweltschutzbericht der Landesregierung zu integrieren, weil schlicht und einfach die Zielgruppe eine ähnliche ist. Der Umweltschutzbericht richtet sich an die in Umweltbelangen engagierten Bürgerinnen und Bürger der Steiermark. Ich denke, daß das doch eine ähnliche Zielgruppe ist wie die, die sich auch für den Tierschutzbericht interessiert. Ich bleibe also bei meinem Vorschlag, daß das dort der vernünftigste Ort der Unterbringung wäre und auch eine optische und graphische Aufwertung des Tierschutzberichtes.

Ich gehe auf einige wenige Inhalte des Tierschutzberichtes ein. Zunächst einmal muß man feststellen, wenn man den Bericht liest, daß offensichtlich – meine Damen und Herren, ich richte diesen Hinweis gerade an die Kolleginnen und Kollegen der Freiheitlichen Fraktion – die Regelungen des Steiermärkischen Landtages und der Landesregierung hinsichtlich der gefährlichen Hunde sich bewähren. Es scheint so zu sein, als bestünde in diesem Bereich kein Novellierungsbedarf. Ich weise noch einmal auf die Zahlen hin: Es wurden 556 Bewilligungen zur Haltung von gefährlichen Hunden erteilt. Offenbar konnten die Bewilligungswerber nachweisen, daß eine besondere Gefährdung besteht, daß ein besonderer Grund besteht zur Haltung derartigen Hunde, nur 18 derartige Meldungen wurden abgewiesen, und nur zwei Hunde wurden für verfallen erklärt. Ich nehme einmal an, daß die Behörde diese Fälle sehr genau geprüft hat und genau jene Fälle herausgefiltert hat, wo es problematisch erscheint, daß Hundehalter mit derartigen gefährlichen Hunden ausgestattet werden. Ich glaube also, resümierend sagen zu können, daß die Regelungen des Landtages und der Landesregierung, also auch die entsprechende Verordnung, sich bewähren und daß offensichtlich kein Novellierungsbedarf besteht, würde ich hier einmal meinen, wir können aber gerne darüber weiter diskutieren.

Ein zweiter wichtiger Punkt dieses Tierschutzberichtes ist der Hinweis, daß ab 1. September 1996 die Nutztierhalterverordnung in Kraft tritt und damit die alte Intensivtierhaltungsverordnung außer Kraft tritt. Ich halte das für einen, wenn auch kleinen, aber doch für einen Fortschritt im Sinne des Tierschutzes, im Bereich der Nutztierhaltung, also in jenem Bereich, wo Menschen von der Haltung und letztlich auch von der Tötung von Tieren leben. Ein wesentlicher Bereich ist in dieser Nutztierhalterverordnung aus meiner Perspektive – und auch aus der Perspektive meiner Fraktion – nicht in hinlänglichem Umfang angesprochen, nämlich die Frage der Käfighaltung von Legehühnern. Ich bin schlicht und einfach der Ansicht, und ich bin mir sicher, diese Ansicht wird von sehr vielen Steirerinnen und Steirern geteilt, daß die Käfighaltung von Legehühnern unmoralisch ist, schlicht unmoralisch; daß es kein moralisches Recht gibt, Lebewesen unter derartigen Umständen vegetieren zu lassen. Die wissenschaftlichen Berichte darüber, also nicht nur die populären Berichte, sondern auch die wissenschaftlichen Berichte darüber, sind sehr, sehr eindeutig. Auch die Aussagen des ersten und wichtigsten

Experten in unserem Bundesland, von Herrn Dozent Bartussek, sind eindeutig. Es wird von denjenigen, die skeptisch einer Abschaffung der Batterie- beziehungsweise Käfighaltung gegenüberstehen, immer wieder angemerkt, daß dann natürlich der Bedarf an Eiern durch Importeier gedeckt werden würde und diese Importeier wiederum beispielsweise in der Bundesrepublik aus Käfighaltung stammen. Nun würde ich meinen, daß man das schon in Frage stellen muß, dieses Argument nämlich grundsätzlich in Frage stellen muß. Ich glaube nicht, daß eine eigene unmoralische Handlung dadurch moralischer wird, wenn viele andere, etwa Nachbarn, diese unmoralische Handlung begehen. Das, meine Damen und Herren, würde nämlich unsere Gesetzgebung in Frage stellen. Bloß deswegen, weil es Gesetzesbrecher gibt, ist es noch lange nicht legitim, etwa als Gesetzgeber ein Gesetz zu übertreten.

Das ist nicht legitim, das ist unmoralisch, das ist nicht zulässig. Ich glaube also, daß dieses Argument grundsätzlich in Frage zu stellen ist. Darüber hinaus muß man es auch pragmatisch in Frage stellen, nämlich insofern, daß ich der Ansicht bin, daß, wenn es tatsächlich der Wille des Landes Steiermark wäre, und auch anderer Bundesländer in unserem Staat, in unserer Nation – Vorarlberg und Salzburg scheinen hier ja Vorreiterrolle einzunehmen –, daß, wenn es der wirkliche Wille wäre, aus der Käfig- beziehungsweise Batteriehaltung von Hühnern auszusteigen, daß das durchaus in sehr, sehr hohem Maße machbar wäre. Man müßte eben beispielsweise eine Werbekampagne über die qualitativen Vorzüge von Eiern aus Freilandhaltung beziehungsweise aus Volierehaltung aufziehen. Man müßte darauf hinweisen, daß eben Eier von Hühnern aus Freilandhaltung insgesamt eine andere Qualität aufweisen, auch moralische Qualität aufweisen, als Eier aus Batteriehaltung. Ich glaube, daß dieses Argument durchaus vermittelbar wäre in der öffentlichen Diskussion, und ich bin davon überzeugt, daß die Steirerinnen und Steirer sehr wohl dazu zu bewegen wären, ein paar wenige Schillinge mehr auszugeben für Eier aus artgerechter Hühnerhaltung.

Auch eine lange Übergangsfrist wäre natürlich denkbar. Es spricht niemand davon, daß die derzeitigen steirischen Batteriehaltungsbetriebe von heute auf morgen aus der Batteriehaltung aussteigen müssen, sondern alle sprechen von langen Übergangsfristen, von fünf, von zehn Jahren. All das wäre vorstellbar, aber ich glaube, daß der eindeutige politische Wille zum Ausdruck kommen müßte, und das sollte auch in dieser Verordnung zur Nutztierhaltung verankert werden. Es ist nicht hinreichend, bloß die übliche Investitionsförderung an Bauern auszuschütten, hinsichtlich der Umstellung von Käfighaltung auf Freilandhaltung beziehungsweise Volierehaltung. Es sind nicht nur Tierschutzargumente, die für einen Ausstieg aus der Käfighaltung sprechen, sondern selbstverständlich auch Umweltschutzgründe: Uns sind die enormen Ammoniakemissionen aus der Käfighaltung sehr wohl bekannt. Ammoniak ist ein außerordentlich potentes Waldgift, aber auch ein Giftgas im Hinblick auf den Menschen, eine Gesundheitsbeeinträchtigung. Ganz abgesehen von den Geruchsbelästigungen, die immer wieder berichtet werden im Zusammenhang mit Käfighaltung von Hühnern.

Meine Damen und Herren, prinzipiell sollte man im Bereich der Nutztierhaltung das Ziel der biologischen Landwirtschaft im Auge behalten. Die Biobauern haben Richtlinien entwickelt, von denen wohl jeder Tierschützer, auch der radikalste Tierschützer, wohl sagen muß, daß sie vorbildhaft sind. Dieses Vorbild, meine Damen und Herren, sollten wir auch in der konventionellen Tierhaltung im Auge behalten. Notwendig in diesem Zusammenhang ist selbstverständlich die entsprechende Kontrolle. Es kann nicht angehen, daß es am Markt scheinbar mehr Eier aus Freilandhaltung gibt, als es überhaupt Hühner beziehungsweise Potential gibt für die Erzeugung dieser Eier. Entsprechende Kontrolle ist also unbedingt notwendig.

Abschließend, meine Damen und Herren, sei darauf hingewiesen, daß ein Großteil, wirklich der übergroße Teil der Tierschutzarbeit in unserem Bundesland auf den Schultern der Tierschutzorganisationen lastet. Diese Tierschutzorganisationen, hat man mir gesagt, haben einen Mitgliederstand von ungefähr 40.000/50.000. Das sind also tatsächlich sehr, sehr viele engagierte Menschen in unserem Bundesland im Bereich Tierschutz. Diesen Tierschutzorganisationen sei von dieser Stelle auch wirklich sehr, sehr herzlich gedankt, und ich hoffe, daß diese Intensität der Tierschutzarbeit weiterhin aufrechterhalten werden kann. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. - 11.07 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile es ihr.

Abg. Dietrich (11.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Uns liegt der Tierschutzbericht 1994/95 vor. Im gegenständlichen Bericht liegt der Schwerpunkt auf dem Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft. In der Nutztierhaltungsverordnung vom 18. März 1996 steht unter Paragraph 3 „Verbot von Haltungsformen in Ställen, in welchen dauernde Anbindehaltungen verboten sind.“ Und der Absatz 9 wörtlich: „Die in den obigen Absätzen festgelegten Verbote der dauernden Anbindehaltung gelten nicht für Betriebe mit weniger als vier Tieren der jeweiligen Nutzungsart.“

Ich frage mich, wo ist hier der Gleichheitsgrundsatz von Tieren? Entweder man lehnt eine Art der Haltung ab oder nicht. Es kann doch nicht sein, daß man sagt, wenn weniger als vier Tiere sind, dann sind wir damit einverstanden, und wenn fünf Tiere nebeneinander angebunden sind, dann lehnen wir es ab. Ich glaube, diesen Punkt müßte man sich noch einmal genau überlegen. Tierschutz kann meiner Meinung nach nicht nur auf die Haltung von Tieren in der Landwirtschaft reduziert sein.

Wir haben genügend Probleme bei der Tierhaltung auch außerhalb der Landwirtschaft. Nehmen wir einmal die Hundehaltung her, da gibt es Jagdhunde, die in kleinen Wohnungen dahinvegetieren müssen, oder Dackel, die täglich über mehrere Stiegen hinauf- und herunterhüpfen müssen. Und dann braucht sich wohl keiner wundern, wenn sie an Dackellähmung frühzeitig sterben. Oder der Goldfisch im kleinen Glas. Ich glaube, ihm geht es sicherlich nicht besser als einer Legehennen in der Batterie. Nehmen wir die Katzen her. Katzen sind Nachtjäger, und man weiß, daß sie in der Nacht bis zu 16 Kilometer herumstreifen. Und

wenn ich mir dann im Fernsehen eine Sendung über Tierversorgung anschau, dann hört man sehr oft: „Für dieses Kätzchen wollen wir einen schönen Platz, und ja nicht auf einem Bauernhof.“ Ich frage Sie, wo geht es denn einer Katze besser, am Bauernhof, wo sie ihren natürlichen Instinkten und Trieben nachkommen kann, oder in einer kleinen Wohnung?

Tierschutz betrifft auch die Züchtung der verschiedenen Rassen. Und diese Züchtungen sind der Mode stark unterworfen. Oft dienen diese Rassen nur, um die Eitelkeit des Besitzers zu stützen. Zum Beispiel der Basset hat so lange Ohren, daß er beim Gehen draufsteigt. Auch das ist ein Fall für den Tierschutz. Oder Boxer werden durchschnittlich nur mehr sieben Jahre alt, weil sie schon so degeneriert sind.

Tierschutz sollte sich aber auch mit der Erhaltung alter Rassen befassen. Rassen, die auf Grund ihrer geringen Wirtschaftlichkeit anscheinend keinen Platz mehr in unserer heutigen schnelllebigen Zeit finden. Zu diesen alten Rassen gehören zum Beispiel die Murbodner.

Wichtig sind diese Rassen, da sie genetisch noch viel vielfältiger veranlagt sind als die heutigen hochgezüchteten Rassen. Veterinäre und Züchter wissen, daß die neuen Hochleistungsrassen von Zeit zu Zeit einer Blutauffrischung mit genreichen, nicht degenerierten Formen ihrer Art bedürfen.

Auch die Sicherung der Genvielfalt ist eine ganz wichtige Aufgabe des Tierschutzes. Der Tierschutz sollte die geeigneten Rahmenbedingungen für den Umgang mit Tieren schaffen. Allerdings muß auch die Wettbewerbsfähigkeit unserer eigenen Landwirtschaft erhalten bleiben können. Es hat nämlich keinen Sinn, wenn wir in der Steiermark die Käfighaltung verbieten und Batterieeier aus dem Ausland importieren.

Ich möchte mit einem Gedanken von Saint Exupéry schließen, der meint: „Der Mensch ist zeitlebens für das verantwortlich, was er sich vertraut gemacht hat.“ (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. - 11.12 Uhr.)

Präsident: Als nächste Rednerin hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (11.13 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum Thema „Tierschutz“ ist in diesem Haus schon sehr oft geredet worden, und ich möchte jetzt das, was meine Vorredner und Vorrednerinnen gesagt haben, nicht noch einmal duplizieren. Ich möchte mich auf einen Bereich beschränken, der dieses Thema in den letzten Monaten eigentlich österreichweit sehr stark unter die Leute gebracht hat. Es hat vor einigen Jahren bereits ein Tierschutzvolksbegehren gegeben mit Richtung Abschaffung der Massentierhaltung beziehungsweise starke Reduktion der Massentierhaltung in Österreich. Es hat im letzten Jahr einen Artikel-15 a-Vertrag gegeben zwischen den Bundesländern, wobei sich als eines der letzten Bundesländer Salzburg angeschlossen hat, wo es darum gegangen ist, die Bestrebungen in Richtung artgerechte Tierhaltung mittels 15 a-Vereinbarung durch kleine Schritte in Richtung Vereinheitlichung zu führen.

Ich möchte nun einige Worte zum aktuellen Tierschutzvolksbegehren sagen, das in den letzten Monaten in Österreich zur Unterschrift aufgelegt ist und das auch Mitglieder dieses Hohen Hauses inhaltlich ideell unterstützt haben, unter anderem der Martin Wabl oder auch ich. Es war in den letzten Tagen auch wieder in den Medien, weil jetzt der Bund daran ist, aktiv zu werden. Resultat dieses Tierschutzvolksbegehrens war, daß es österreichweit knapp eine halbe Million Menschen unterschrieben haben, in der Steiermark 7,37 Prozent unserer wahlberechtigten Bevölkerung, in der Steiermark somit also 66.625 Steirer und Steirerinnen. Ich möchte auch dazusagen, daß die Motivation, sich für den Bereich Tierschutz einzusetzen, aus sehr unterschiedlichen Quellen gespeist werden kann. Das sind einerseits ethische Überlegungen, „humanitäre“ Überlegungen, das sind andererseits auch Überlegungen aus dem Bereich Konsumenten- und Konsumentinnenschutz. Das sind letztlich aber auch Überlegungen, die in die Richtung gehen, daß man sagt, es ist notwendig, sich für Wesen stark zu machen, die im Sinne des geltenden Rechts eigentlich kein Instrument haben, sozusagen ihr bißchen „Recht auf ein Leben“, wie es ihnen würdig ist, abgesichert zu wissen.

Ich möchte jetzt einen Beschlußantrag vorlesen. Ich habe vorher die Liberalen und die Freiheitlichen gebeten, uns zu unterstützen. Ich hoffe, daß die SPÖ und die ÖVP jetzt auch mitgehen können. Ich habe mir erlaubt, den Antrag etwas zu modifizieren, und zwar in die Richtung, daß der Passus „Zuweisung an den Verfassungsausschuß“ herausgenommen wurde, weil das offenbar größere Schwierigkeiten bei der Unterstützung macht.

Der Antrag lautet: Beschlußantrag, betreffend Tierschutzvolksbegehren.

Das Tierschutzvolksbegehren wurde von 66.625 Steirern und Steirerinnen unterzeichnet. Österreichweit setzten sich 459.443 Personen dafür ein. Dieses parteiunabhängige, breit unterstützte Volksbegehren sollte daher auf Bundesebene möglichst rasch einem entsprechenden Ausschuß zu seiner Behandlung zugewiesen werden.

Es wird daher folgender Antrag gestellt:

Ich habe den Antragstext jetzt modifiziert in der Hoffnung, daß die großen Parteien es dann leichter finden, auch mitzugehen.

Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird ersucht, an den Bund mit dem Ersuchen heranzutreten, ehe baldigst die Anliegen des letzten Tierschutzvolksbegehrens zu behandeln.

Ich sage dazu, die erste Variante beinhaltet „dem Verfassungs-Ausschuß zuzuweisen“. Das würde automatisch passieren, es geht nun eher darum, daß diese Fristsetzung mit dem Wort „ehe baldigst“ auf diese Art und Weise noch in die Argumentation hineingenommen wird.

Ich bitte, diesen Beschlußantrag zu unterstützen. Sie wissen damit 7,37 Prozent der Steirer und Steirerinnen, die dieses Anliegen auch unterzeichnet haben, auf Ihrer Seite. Danke! (Beifall bei den Grünen. - 11.18 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ing. Peinhaupt das Wort.

Abg. Ing. Peinhaupt (11.18 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Herr Kollege Getzinger hat den Freiheitlichen vorgeworfen, mit gewissen Bestimmungen des Tierschutzes in der Steiermark nicht leben zu können. Da hat er schon recht, denn im besonderen hat er die Verordnung über die gefährlichen Hunde in der Steiermark angesprochen. Jetzt nehme ich gleich Bezug auf diesen Tierschutzbericht. Ich hätte mir als gesetzgebende Körperschaft schon erwartet, daß in diesem Bericht all jene Maßnahmen aufgezeigt werden, die dieses Gesetz erreichen hätte sollen. Wie zum Beispiel wie viele Unfälle haben wir vor Erlassung dieser Verordnung gehabt mit gefährlichen Hunden, wie viele danach? Denn eines, was ja viele von Ihnen nicht wissen, man hat ja diese Verordnung gefährlicher Hunde erlassen auf Grund der Intervention des Aktiven Tierschutzes in der Steiermark, der im gleichen Atemzug aber in seinen Broschüren zwei Rottweilermischlinge zum Verkauf angeboten hat. Denn eines hätte dieser Bericht auch bringen müssen, daß diese Verordnung vehement angekämpft wurde, nicht nur von Lobbyisten, sondern von rechtsempfindenden Menschen.

Man war beim Verfassungsgerichtshof, denn den Intentionen des Gesetzgebers ist noch nicht Rechnung getragen, wenn man im Gesetz verankert, daß ein veterinärmedizinisches Gutachten vorzulegen ist, dieses Gutachten aber bis heute nicht existent ist, denn es gibt nur eine eineinhalbseitige Stellungnahme des Herrn Bugner-Ligitz, der das selbst nur als Stellungnahme, und nicht als Gutachten bezeichnet hat. Man hat wiederum argumentiert mit der Reißkraft. Soll ich Ihnen etwas sagen? Die letzte Studie einer Reißkrafterhebung reicht zurück bis in das Jahr 1929, seitdem hat es das nicht mehr gegeben. Und mit welchem Zahn beißt denn dann der Hund, damit ich das dementsprechend auch dokumentieren kann? Aber eines - das halte ich jetzt abschließend zu den gefährlichen Hunden schon fest -, worum es mir als Demokrat wirklich geht, ich kann heute keine Verordnung erlassen, wo ich hergehe und sage, wer verboten ist, und nicht was verboten ist. Denn jedes Gesetz muß in einer Demokratie darauf abzielen, daß die Verantwortung beim Menschen selbst zu suchen ist. Der Schwerpunkt müßte sein die Halte- und die Züchterverantwortung.

Aber noch einen Kernbereich in diesem Tierschutzbericht gibt es, das ist die Nutztierverordnung über die Landwirtschaft. Viele Betriebe, meine Damen und Herren, und vor allem hier die rinderhaltenden Betriebe, sind durch diese Verordnung vehement betroffen. Wir wissen allerdings auch, daß von Beginn weg dieses Jahres bis zum heutigen Tage 6000 Rinderhalter ihre Betriebe aufgegeben haben. Wenn wir das aufrechnen auf das Ende des Jahres, sind es 2500 Betriebe. 2500 Betriebe bedeutet für die Steiermark einen mittleren landwirtschaftlichen Betrieb, den wir ausgelöscht haben. Die Kammer ist hergegangen und hat gesagt, wir müssen das über die Rinderprämien regeln. Freilich, man hat schon geregelt, indem man den freiheitlichen Antrag über die Ver-

doppelung abgeschmettert hat, selbst nur mehr die Hälfte der Förderung angesetzt hat und diese um 14 Prozent erhöht. Also ein Minus für die Rinderhalter genau von jener Lobby, die hergegangen ist und gesagt hat, nicht nur für männliche Rinder muß diese Förderung bezahlt werden, sondern auch für die weiblichen. Wir müssen ja alles ausweiten. Aber die Verdoppelung haben sie abgelehnt.

Jahrelang, meine Damen und Herren, haben die Bauern nur deshalb überleben können, weil sie intensiv bewirtschaftet haben, weil sie von der produzierten Einheit leben mußten. Sie wurden auch danach beraten und letztendlich auch danach gefördert. Ich erinnere zurück in das Jahr 1965, großer Schrei, Kurzstandhaltungen. Optimal für die Rinder, Anbindehaltungen. Heute scheint das alles hinfällig zu sein. Und noch dazu kommt diese Binnenmarktpolitik, indem man den Bauern sagt, deine Zeit als Bauer ist vorbei. Du mußt einmal unternehmerisch denken, weil deine Genossenschaften können dir nicht mehr helfen. Jetzt mußt du das selber machen. Nur frage ich mich, wenn jetzt der Bauer unternehmerisch denken muß und dann noch derartige Auflagen bekommt über diese Nutztierhaltungsverordnung, wie viele Betriebe werden denn das aushalten, meine Damen und Herren?

Viele Betriebe, die längste Übergangszeit ist 15 Jahre, müssen in diesen 15 Jahren massenweise investieren, und das bei dieser tristen Marktsituation, damit sie den Anforderungen dieser Verordnung gerecht werden können. Dieser investive Bereich bedeutet im weiteren einen eklatanten Wettbewerbsnachteil zu den EU-Maßnahmen, denn selbst – heute konnte man es in der Zeitung lesen – die Wiener Bundes-ÖVP geht hinaus zu den Medien und rühmt sich damit, in der Steiermark bereits eine Verordnung zu haben, die weit strenger ist als die EU-Regelung. Wissen Sie, dann herzugehen und zu sagen, rühren wir diese Verordnung ja nicht an, weil das könnte unsere Bauern treffen, das ist ein Spiel der Scheinheiligkeit, das wir nicht mitspielen. Darum stehe ich hier und zeige das jetzt auf. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich sage Ihnen auch eines, daß jeder Bauer, der sich zu einer Viehhaltung bereit erklärt und auch für diese lebt, gerne bereit ist, Regelungen zu treffen, damit sein Tier artgerecht oder möglichst artgerecht gehalten werden kann. Es ist eine Frage des Geldes. Und wenn die Bereitschaft bei Ihnen allen gleich hoch ist, wie das Tragen dieser Nutztierhaltungsverordnung, wenn es darum geht, den Bauern zu helfen, aus öffentlichen Mitteln diesen Wettbewerbsnachteil auszugleichen, dann sage ich Ihnen jetzt schon danke im Namen der steirischen Bauernschaft. (Beifall bei der FPÖ.)

Sehr geehrter Herr Landesrat, es geht ja nicht nur um die Rinderbauern. Gehen wir jetzt in den untersteirischen Bereich, wo vor allem die Schweinezucht Platz greift. Unsere Schweinebauern freuen sich, da auf Grund des BSE-Skandals der Preis von knapp 16 Schilling jetzt auf einmal auf 24 Schilling pro Kilo gestiegen ist, freuen sich, investieren, halten natürlich Tiere im vermehrten Maße und sehen wieder eine Chance, über das Produkt Einkommen zu erwirtschaften. Jetzt geht man her und sagt, ab 1. September kommt diese Verordnung in Kraft, wo – und das sage ich Ihnen auch – von zehn Betrieben sieben Betriebe

sofort gezwungen sein werden auf Grund ihrer betriebswirtschaftlichen Situation, Investitionen zu tätigen und Bestände abzusinken, wenn sie nicht gewaltig investieren können. Damit haben wir einen Wettbewerbsnachteil, zurückzuführen auf den Rinder-skandal in Großbritannien.

Aber wenn wir schon beim Tierschutz sind, und im Tierschutzbericht steht auch zwischen den Zeilen, daß Tierschutz Konsumentenschutz ist, dann muß auch eines gesagt sein. Im Zeichen der Liberalisierung, noch bei der Marktordnung 1992, hat Minister Riegler gesagt „lassen wir doch diesen Viehpaß auf“. Heute sind wir soweit, daß wir das Ursprungsland nicht mehr nennen können. Das heißt, und jetzt passen Sie auf, wir hätten theoretisch nach wie vor die Möglichkeit, Rinder aus England hier in der Steiermark zu schlagen und zu importieren. Und wissen Sie, wie das geht? Indem man die englischen Rinder nach Tschechien verlagert, sie dort sechs Monate stehen läßt, wie durch Zufall verlieren sie dort natürlich ihre Ohrmarke, und ab diesem Zeitpunkt, also nach Ablauf der sechs Monate, sind es nicht mehr englische, sondern tschechische Rinder, und als solche kommen sie zu uns. Also Tierschutz ist auch Konsumentenschutz und deshalb eine Sache, die uns alle angeht und hinter die wir uns stellen müssen. Und in Anbetracht dieser Situation hätte ich mir vorgestellt, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß ein Tierschutzbericht des Landes Steiermark all diesen von mir eben erwähnten Argumenten Rechnung trägt.

Deshalb erlaube ich mir auch, einen Beschlußantrag einzubringen, der von allen fünf Parteien dieses Hauses mitgetragen wurde, der lautet:

Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Peinhaupt, Dietrich, Riebenbauer, Dr. Brunner, Kaufmann und Dr. Wabl, betreffend Tierschutzbericht.

Der Tierschutzbericht 1995 stellt hinsichtlich der Aufzählung von Maßnahmen und Datenmaterial eine sehr informative Quelle dar. Im Sinne eines effizienten Tierschutzes wäre es aber auch wünschenswert, darüber hinaus Perspektiven für den Gesetzgeber aufzuzeigen, um den tatsächlichen Bedürfnissen Rechnung tragen zu können.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Zuge der künftig zu erstellenden Tierschutzberichte neben den getroffenen Maßnahmen auch Perspektiven für den Gesetzgeber aufzunehmen.

In der Hoffnung, daß wir einen praktikablen Tierschutz in der Steiermark repräsentieren können, danke ich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ. – 11.28 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Karisch (11.28 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich stimme mit Frau Kollegin Dietrich überein, daß Tierschutz mehr ist als nur der Schutz von landwirtschaftlichen Tieren, mehr als nur artgerechte Tier-

haltung. Er betrifft selbstverständlich auch Hund, Goldfisch, Äffe, Vogel, was immer Sie wollen. Und ich stimme mit dem Kollegen Peinhaupt überein, daß Tierschutz auch ein wesentliches Anliegen des Konsumentenschutzes ist.

Ich möchte mich als erstes einmal für den Tierschutzbericht 1994/95 bedanken, der uns einen kurzen Überblick über die Verhältnisse im Land gibt. Wir sollten wirklich überlegen, ob wir ihn nicht institutionalisieren und woanders einfügen. Kollege Getzinger hat angeregt, den Tierschutzbericht im Umweltbericht einzufügen. Ich könnte mir auch vorstellen, daß das im Veterinärbericht passiert. Aber egal wo, es wäre sicherlich sinnvoll.

Tierschutz ist heute ein wichtiges Anliegen vieler Bürger und vor allem auch Bürgerinnen. Immer mehr Bürger und auch Konsumenten hinterfragen bei ihrem Einkauf kritisch, ob und wie bei einem Produkt Tiere verwertet wurden.

Das beginnt beim Lebensmittel Fleisch, wo die Frage nach der Haltung, nach dem Transport und nach der Art der Schlachtung gestellt wird. Das geht aber auch hin bis zu Kosmetika oder pharmazeutischen Produkten, wo der Konsument wissen will, ob Tierversuche vorgenommen wurden, und wenn ja, in welcher Form. In unserer sehr materialistischen und konsumorientierten Gesellschaft ist in den letzten Jahren die Ethik manchmal in den Hintergrund geraten. „Der Zweck heiligt die Mittel“ hieß es oft. Grausame Tierversuche, artwidrige Haltung, tierquälerische Transporte haben stattgefunden und finden noch immer statt. Die Medienberichte darüber schocken die Bevölkerung, und das hat auch etwas Positives, es setzt langsam ein Umdenken ein, erste Ansätze zu mehr Achtung des Lebewesens Tier sind da.

Ich möchte zwei Bereiche kurz ansprechen: Erstens die Tierversuche, an sich eine Bundeskompetenz, und zweitens die artgerechte Tierhaltung.

Zu den Tierversuchen: Noch immer gibt es grausame Tierversuche an über 200.000 Tieren im Jahr in Österreich. Es gibt Tierversuche, wo man sich fragt, ob sie heute bei der Vielfalt unserer wissenschaftlichen Methoden überhaupt noch notwendig sind und wem sie nützen. Seit Jahren kennt man Alternativmethoden. Methoden, die in vielen Fällen, nicht in allen, aber in vielen Fällen einen Tierversuch ersetzen können. In der Wissenschaft sind sie bereits anerkannt. Leider fehlt die gesetzliche Anerkennung. Das hat zur Folge, daß man zusätzlich zu dem Alternativversuch auch noch einen Tierversuch macht, um Haftungsfragen abzudecken. Ich wünsche mir, daß in den nächsten Jahren verstärkt ein Forschungs- und Förderungsschwerpunkt in Richtung tierversuchsfreie Tests und Lehrmethoden gesetzt wird. Eine Bundesaufgabe unseres Wissenschaftsministers. Wir hätten auch eine gute Chance, Graz in absehbarer Zeit zu einer tierversuchsfreien Universität zu machen. Ich habe mit Medizinern gesprochen, es gibt eine ganze Reihe von Alternativmethoden, Methoden mit Zellgeweben, wo man Tierversuche vermeiden kann.

Zweiter Punkt. Meine Damen und Herren, Tiere sind auch wichtige Lebensmittel. Ihre Qualität hat wesentlichen Einfluß auf das Wohlbefinden und die Gesundheit von uns Menschen. Für die Qualität eines

Lebensmittels wichtig sind aber nicht nur die äußere Beschaffenheit und der Genußwert. Ebenso wichtig sind die Zusammensetzung, die Rückstandsfreiheit und auch eine natur- und tierschutzgerechte Erzeugung. Nur artgerecht gehaltene Tiere, glückliche Tiere, wie der Volksmund sie nennt, sind letztlich gesunde Tiere und ergeben vitale Lebensmittel. Die Konsumenten sind in den letzten Jahren sehr kritisch geworden und hinterfragen immer mehr auch die Produktionsmethoden und ihre Auswirkungen auf Qualität und Umwelt.

Nach dem Rinderwahnskandal in England sind viele Konsumenten verunsichert worden. Der Rindfleischverbrauch ist zurückgegangen und hat unsere Bauern, die an diesem Skandal unschuldig waren, mitgetroffen. Konsumenten hinterfragen also immer mehr, wie Nutztiere gehalten werden. Tierschutz ist letztlich nicht nur ein ethisches Anliegen hinsichtlich der Tiere und ihres Leidens, Tierschutz ist – und das zeigt sich heute immer mehr – auch ein Anliegen des Menschen-schutzes.

Wie gesund das Lebensmittel Fleisch ist, darüber entscheidet wesentlich die Art der Haltung. Die Intensivtierhaltung ohne Auslauf und Bewegungsmöglichkeit, das Verfüttern von Fleischmehl an Pflanzenerfresser, das Halten von Turbokühen mit übervollen Eutern, wie das im Ausland zum Teil passiert, widersprechen den Grundsätzen einer artgerechten Haltung und mindern letztlich die Qualität.

Wir wissen heute, daß auch die Schlachtung einen wesentlichen Einfluß auf die Qualität hat. Tiere sind streßanfällig, vor allem Schweine. Werden sie über weite Strecken transportiert, wie das in Europa der Fall ist, womöglich ohne Tränkung, ohne Fütterung, so erleiden sie eine große Streßsituation. Das verschlechtert die Qualität des Fleisches. Die Tiere schütten in ihren letzten Stunden Adrenalin aus, und das findet sich dann als Rückstand im Fleisch und kann die Qualität mindern. Fleisch bester Qualität von artgerecht gehaltenen Tieren ist eine Marktnische für unsere bäuerliche Landwirtschaft. Wir sollten diese Chance nützen, unsere Bauern ebenso wie wir Konsumenten, indem wir bewußt diese Produkte kaufen!

Es wurde auf diesem Sektor in den letzten Jahren viel verbessert. Der steirische Tiergesundheitsdienst hat dabei einen wichtigen Beitrag geleistet, und dafür möchte ich mich bedanken. Diesen erfolgreichen Weg müssen wir im Interesse unserer Lebensmittel und unserer bäuerlichen Bevölkerung weitergehen. Es bleibt noch vieles zu tun, in der Geflügelhaltung ebenso wie in der Schweine- und Rinderzucht. Wir brauchen eine klare Kennzeichnung, und wenn sie vom Herkunftsland her auch auf europäischer Ebene aus Wettbewerbsverzerrungsgründen nicht erlaubt ist, so müssen wir das auf freiwilliger Basis tun, wie man in Österreich damit bereits begonnen hat.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein kurzes letztes Wort zum Tiervolksbegehren sagen. Die vielen Unterschriften zeigen, wie wichtig dieses Thema vielen Menschen ist. Wir Politiker müssen das sehr ernst nehmen. Wir sollten uns daher auch bemühen, unsere Landestierschutzgesetze auf ein einheitliches, und zwar auf ein hohes Niveau zu bringen. Ich habe dieses Volksbegehren nicht unterschrieben, bewußt nicht unterschrieben, obwohl ich mich mit den

Inhalten des Tierschutzes, die es enthält, identifizieren kann. Aber als Föderalistin bin ich grundsätzlich gegen die Verlagerung von Kompetenzen vom Land zum Bund. Und Tierschutzkompetenz ist eine Landeskompetenz. (Abg. Mag. Zitz: „Aber die Tierschutzorganisationen trauen den Ländern offenbar zu wenig!“) Dann werden wir uns bemühen müssen, Frau Kollegin, das Vertrauen der Tierschutzorganisationen zu gewinnen und da haben Sie mich als Mitkämpferin auf Ihrer Seite.

Die Länder haben nur sehr wenige Gesetzgebungskompetenzen, und ich glaube – und ich habe dazu von dieser Stelle oft gesprochen –, wir müssen sie erhalten. Wir wollen nicht nur eine Vollzugskompetenz, wir wollen auch eine Gesetzgebungskompetenz und dazu natürlich die finanziellen Mittel. Wir sollten uns aber – und da bin ich bei Ihnen, Frau Kollegin Zitz – selbstverständlich bemühen, kein großes Gefälle im Tierschutz zwischen den einzelnen Ländern entstehen zu lassen. In diesem Sinne möchte ich auch den Herrn Landesrat Pörtl bitten, aktiv tätig zu werden, sich mit seinen Kollegen in den anderen Ländern abzusprechen, wo wir da und dort – und ich glaube, in anderen Ländern ist das auch verstärkt noch nötig – den Tierschutz in den Landesgesetzen verbessern können.

Ein letztes Wort noch, ich werde diesen Antrag – ich bin Ihnen eine Erklärung schuldig – ich möchte diesen Antrag von Ihnen, Frau Kollegin Zitz, nicht mitunterzeichnen. Ich stehe zwar zum Ausbau des Tierschutzes, aber Sie haben gesagt, der Antrag geht dahin, daß wir die Anliegen des Tierschutzvolksbegehrens in Wien schnell behandelt haben wollen. Da ist ein Anliegen drinnen, das will ich gar nicht behandelt haben. Das ist nämlich jenes Anliegen, daß die Länder die Kompetenz des Tierschutzes an den Bund verlieren. Dieses Anliegen kann ich nicht mittragen, daher kann ich leider auch Ihren Antrag nicht mitunterzeichnen.

Meine Damen und Herren, nichtsdestotrotz kämpfen wir weiter für einen besseren Tierschutz in unserem Land, den Tieren und auch uns Menschen zuliebe, denn es ist letztlich alles eine Einheit. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 11.38 Uhr.)

Präsident: Als nächster hat sich der Herr Abgeordnete Riebenbauer zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Riebenbauer (11.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zu diesem Thema ein paar Bereiche, aus Sicht des Praktikers, der tagtäglich zumindest in der Früh noch im Rinderstall ist und weiß, wie man Tierschutz lebt. Und, Frau Kollegin Zitz, gleich anfangs, ich bin überzeugt, so hoffe ich es, daß Sie heute, während Sie im Landtag sind, sicherlich kein Haustier daheim eingesperrt haben oder irdengeigenen Vogel im Käfig haben, denn das stünde gar nicht zu Ihnen. Ich hoffe, daß das bei Ihnen nicht der Fall ist, wie das bei anderen auch sicherlich nicht der Fall ist. Wir haben mit dieser Artikel-15 a-Vereinbarung, die wir im Landtag beschlossen haben und zur Kenntnis genommen haben – (Abg. Mag. Zitz: „Sie haben mich ja gar nicht antworten

lassen jetzt!“) Ich habe ja nur gesagt, ich bin überzeugt, daß Sie das nicht machen. Ich glaube es gar nicht, daß es bei Ihnen so ist. Ich erwarte mir ja gar keine Antwort, weil die kann ja sowieso nur Ja sein, daß Sie nichts eingesperrt haben zu Hause. (Abg. Mag. Zitz: „Aber wenn ich in der Steiermark einen Hund habe, dann möchte ich, daß ihm die Ohren nicht kupiert werden. Und wenn ich in Oberösterreich einen Hund habe, dann können ihm die Ohren problemlos kupiert werden. Das zeigt genau, in einem Bundesland kann man die Ohren kupieren lassen, in einem anderen nicht!“) Frau Kollegin, ich rede momentan von den Bauern, die das Land gestalten und erhalten und bewirtschaften müssen. Das ist meine größere Sorge als dieser Hund. Ich sage das in dem Fall ganz offen. (Abg. Vollmann: „Kopierst du deinem Hund die Ohrwaschl?“) Mit dieser Nutztierhalterverordnung, die am 18. März in der Landesregierung, soweit ich informiert bin, Herr Kollege Peinhaupt, einstimmig beschlossen wurde – (Abg. Ing. Peinhaupt: „Ich habe das Protokoll da vor mir!“) Das schauen wir uns dann an. Jedenfalls regelt die so manches, und da bin ich auch deiner Meinung, das ist ganz klar, da wir ja beide in der Praxis tätig sind, regelt manches brutal.

Ich muß auch sagen, daß die Anbindehaltung von Rindern in gewissen Bereichen laut dieser Nutztierhalterverordnung der Vergangenheit angehören wird und daß Stiermast in Anbindeställen, wie es bei uns in der Oststeiermark bei kleinen Betrieben ist, nicht mehr möglich sein wird. Und daß Bauern, die in Dorfgebieten Milchkühe und Milchwirtschaft betreiben, damit dort die Nachbarn mit bester frischer Milch versorgt werden, große Probleme bekommen werden, weil sie ihre Ställe umbauen müssen. Und hoffentlich – sage ich auch dazu – werden die kleinen Bauern ihre Ställe nicht zusperren, sondern hoffentlich werden sie sie umbauen, da derzeit bei diesen Preisen überhaupt keine Motivation für einen Umbau besteht.

Geschätzter Herr Landesrat, ich ersuche dich wirklich um einen Durchführungserlaß, der die Übergangszeiten und die Übergangsbestimmungen klar definiert, damit alles geregelt ist, und ich ersuche in gemeinsamer Absprache mit dem Landesveterinärdirektor, der Landeskammer, der Rechtsabteilung 8, und mit den betroffenen Bauern, damit dieser Durchführungserlaß praxisgerecht ist und wir dann noch so manches klären und bereinigen können. Damit vor allen Dingen auch geklärt ist, wann Umbau notwendig ist und wann welche Übergangsfrist gilt. Das ist für mich eine wesentliche Voraussetzung, daß hier die Klarheit geschaffen wird, wann ist Umbau notwendig, und welche Übergangsfrist gilt hier. Also diese Nutztierhalterverordnung müssen wir noch praxisgerecht richten.

Frau Kollegin Dietrich, wenn Sie kritisieren, daß hier vier Tiere pro Nutzungsart eine Grenze sind, wo dies nicht erfüllt werden muß, so muß ich als kleiner oststeirischer Bauer sagen, ich bin eigentlich dankbar, daß es das gibt, denn wenn ich bei vier Kühen oder vier Stieren den Stall umbauen muß, dann sperre ich vorher zu. Ich bin froh, daß es diese Ausnahmeregelung gibt, weil es notwendig ist. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Es geht um das Gleichheitsprinzip!“) Du sagst, wegen dem Gleichheitsprinzip. Es ist schon klar. Auf der

einen Seite ja, auf der anderen Seite – (Abg. Ing. Peinhaupt: „Das kann ich mit dem Durchführungserlaß regeln. Das brauche ich nicht so in die Verordnung reinschreiben, das widerspricht dem Gleichheitsprinzip!“) Ich glaube, daß es wichtig ist, da sind wir momentan wieder einer Meinung, helfen wir den Bauern und schieben wir uns nicht gegenseitig die Schuld in die Schuhe, weil das nichts bringt, und mit Schauergeschichten, wann welches Rind von England zu uns kommen könnte, schaden wir wieder nur in erster Linie den betroffenen Rinderbauern, weil die Verunsicherung wieder größer wird. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Nein, nein, es ist um den Ursprungsnachweis gegangen. Und da haben wir Handlungsbedarf, daß wir das auch auf Grund einer Durchführungsverordnung machen. Der Konsument will wissen, wo kommt das her!“)

Da bin ich wieder bei dir. Das ist die Grundvoraussetzung, daß wir sagen, Ursprung ist nachvollziehbar, das Vieh kommt von diesem Stall und von diesem Betrieb. Da sind wir uns wieder einer Meinung. Ich meine nur damit, wir sollen nicht provozieren, Angst machen, damit nicht die Angst noch größer wird und der Preis noch schlechter. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Das war nur ein Beispiel!“)

Ja, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich glaube, abschließend kurz zu sagen, wir Bauern bekennen uns zur artgerechten Tierhaltung, solange die Tiere nicht vermenschlicht werden und die Bäuerinnen und Bauern nicht zu Arbeitstieren werden und Tierschutz nicht zu Lasten und auf dem Rücken des Bauern geht. Wir haben eine bäuerliche Struktur noch in Österreich, das möchte ich noch dazusagen. Frau Kollegin Zitz ist momentan nicht da, aber als Beispiel: Rinder pro Betrieb in Österreich 18,7, in England 83,3 und in den Niederlanden 80 haben. Wir haben noch eine vernünftige bäuerliche Landwirtschaft, und ich hoffe, daß wir sie auch erhalten können. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 11.44 Uhr.)

Präsident: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Kaufmann das Wort.

Abg. Kaufmann (11.44 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Grundsätzlich darf ich sagen, daß ich diesem Tierschutzbericht natürlich positiv gegenüberstehe. Ich finde es gut, daß dem Landtag Bericht erstattet wird, was ist passiert in den vergangenen zwei Jahren. Ich würde es aber begrüßen, und dahin geht ja auch der Antrag vom Kollegen Peinhaupt, wenn Perspektiven eröffnet werden und wenn man auch auf Punkte aufmerksam macht, die zu wenig behandelt werden im Tierschutz.

Wenn Sie den Tierschutzbericht anschauen, werden Sie sehen, daß sich zwei Punkte mit anderen Tieren befassen und der Rest sich rein mit der Nutztierhaltung in der Landwirtschaft befaßt. Sie werden natürlich sagen, Tier ist Tier, egal, ob es in der Landwirtschaft gehalten wird oder egal, ob es im Privathaushalt gehalten wird. Für mich gibt es aber dennoch einen Unterschied, denn während bei der Nutztierhaltung, und uns allen ist die Arbeitsplatzsicherung, die Arbeitsplatzhaltung ein Anliegen, um einen Wirtschaftszweig in der Landwirtschaft geht, handelt es

sich bei der restlichen Tierhaltung um Hobbys. Während man bei der Nutztierhaltung die Auflagen immer strenger macht und es für die Bauern immer schwieriger wird, diesen Auflagen zu folgen, ich denke hier nur – auch der Kollege Riebenbauer hat es schon erwähnt – an die Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung über die Nutztierhaltung, und während es dort für die Bauern immer schwieriger wird, damit sie diesen Verordnungen und Gesetzen folgen können, nimmt man auf anderer Seite bei den anderen Tierhaltern zu wenig Rücksicht auf das Tier, finde ich. In der Nutztierhaltung ist genau geregelt, wie ein Tier gehalten werden darf, wie ein Tier gezüchtet werden darf, alles ist geregelt.

Ich habe hier einen Zeitungsausschnitt, wo groß berichtet wird über eine Hundausstellung. Und wenn man sich diesen Bericht durchliest, dann frage ich mich, wo bleibt hier der Tierschutz? Wo fragt man hier, darf man überhaupt Tiere so züchten, wie man Hunde züchtet, um bei irgendeiner Ausstellung einen Preis zu gewinnen? Bei uns, wo Arbeitsplätze daranhängen – bei uns, da meine ich die Bauern –, wird sehr streng darauf geachtet, daß alles seine Richtigkeit hat in der Zucht und in der Haltung, und dort verleiht man Preise, wo ich mich frage, kümmert sich da der Tierschutz nicht darum? Ich denke nur, und es ist hier sehr genau beschrieben, damit ein Hund einen Preis gewinnt, muß er einem gewissen Rassestandard entsprechen. Hängelid zum Beispiel ist vorgeschrieben in einer Rassebeschreibung. Es wird nicht darauf geachtet, daß sich diese Lider entzünden, daß sich dort Abzesse bilden, nur damit er dem Schönheitsstandard entspricht. Es wird in der Zucht darauf geachtet, daß die Schnauzen so kurz sind, daß das Tier beim Atmen Schwierigkeiten hat. Es klingt vielleicht komisch, aber wo bleibt hier der Tierschutz? Der Schäfer zum Beispiel muß so gezüchtet werden, daß die Hüften so und so ausschauen, daß die Höhe stimmt, daß der Hund die Hinterbeine in der Haltung hält. Dabei weiß man, daß diese Hunde dadurch Hüftgelenksbeschwerden bekommen und in jungen Jahren eingeschläfert werden müssen, weil sie nicht gehen können. Ich frage mich, wo bleibt hier der Tierschutz? Hier verleiht man Preise für fast unmenschliche Zuchtverhältnisse. Ich denke mir, wenn, dann auch hier auf Tierschutz achten, und nicht nur dort, wo es um Arbeitsplätze geht, wobei ich mich grundsätzlich natürlich für eine artgerechte Tierhaltung ausspreche.

Aber es muß auch bedacht werden, daß eine artgerechte Tierhaltung wahnsinnige Kosten verursacht. Das Land Salzburg hat einen neuen Entwurf über die Nutztierhaltung beschlossen, und sie haben auch eine Berechnung darüber erstellt, was es kosten würden, wenn die Ställe der Bauern so umgebaut werden, wie es diese Nutztierhaltung vorsieht. Es würde auf Kosten von über 2,5 Milliarden Schilling kommen. 2,5 Milliarden Schilling, die die Bauern bei den jetzigen Preisverhältnissen tragen müssen. Und hier frage ich mich, ob man sich nicht auch bei dieser Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung Gedanken gemacht hat, mit welchen Kosten unsere Bauern belastet werden. Allein die dauernde Anbindehaltung von Rindern, wir wissen, daß sehr viele Bauern sich in Dorfnähe oder mitten im Dorf befinden mit ihren Ställen und kaum Möglichkeit haben, für einen Weideaus-

gang zu sorgen, oft auch kaum Möglichkeit vorhanden ist, um einen Auslauf zu sichern. Man muß auch die wirtschaftliche Situation der Bauern hier berücksichtigen.

Grundsätzlich würde ich mir wünschen, daß der Tierschutzbericht sich natürlich auch mit der Nutztierhaltung beschäftigt, aber auch andere Tierhaltungsmethoden schärfer aufs Korn nimmt und sich auch hier darum bemüht.

Zum Tierschutzgesetz Verlagerung Bund möchte ich sagen, ich bin damit nicht einverstanden. Ich weiß sehr genau, wie viele Monate wir hier im Landtag gesessen sind und ein Tierschutzgesetz gemacht haben. Ich rede jetzt vom Gesetz, nicht von der Verordnung, in der Verordnung hat es bestimmt ein paar Punkte gegeben, die mir nicht gefallen, aber vom Gesetz her haben wir ein Gesetz geschaffen, das, glaube ich, wirklich allen Intentionen entspricht. Und ich würde mich nicht freuen darüber, wenn wir immer mehr Kompetenzen an den Bund abgeben müssen und gleichzeitig immer mehr zu Zahlungen verpflichtet werden. Fast jede Zahlung heißt 60 Bund, 40 Land, hier werden wir kaum gefragt. Und dann sollen wir Kompetenzen abgeben, ich glaube das kann nicht in unserem Sinne sein.

Ich bin überzeugt davon, daß der Landtag sehr wohl imstande ist, daß die Kolleginnen und Kollegen sehr wohl imstande sind, ein Gesetz zu machen, Gesetze zu entwerfen, die den Intentionen entsprechen. Ich glaube nicht, daß es notwendig ist, diese Kompetenzen dem Bund zu übergeben. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 11.51 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (11.51 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Sie werden in wenigen Minuten über unseren Beschlußantrag abstimmen, den ich bewußt modifiziert habe in der Hoffnung, daß dabei auch die großen Fraktionen mitgehen können. Und Sie werden, wenn Sie diesem Beschlußantrag nicht zustimmen, der von den Grünen und Liberalen und auch von der F getragen wird, 66.000 Steirerinnen und Steirer bitter enttäuschen, die sehr genau wissen, daß das Tierschutzvolksbegehren eines der wenigen Instrumente ist, sowohl Bund als auch Land dahin gehend zu motivieren, genau das ernst zu nehmen, was meine Vorredner und Vorrednerinnen hier sehr, sehr wortreich ausgeführt haben.

Ich möchte hier noch eine kleine Bemerkung machen zum Abgeben von Kompetenzen von der Landesebene auf die Bundesebene. Als Vertreterin einer kleinen Fraktion, die sich auf beiden Ebenen nur basierend auf sehr wenigen Prozentsätzen artikulieren kann, ist es mir ein Anliegen, daß diese Themen auf beiden Ebenen verantwortungsvoll vertreten werden. Es ist mir auch klar, daß es im Sinne eines konstruktiven Umgehens miteinander und im Sinne von klaren Regelungen, wer welchen Verantwortungsbereich wirklich sinnvoll zu tragen hat, Abstriche geben muß beziehungsweise ein logisches Miteinander. Dieses logische Miteinander hat es aber in den letzten Jahr-

zehnten im Tierschutzbereich wenig gegeben, bei Bund und Land, weshalb dieses Tierschutzvolksbegehren für die Tierschützer die einzige Möglichkeit war, zumindest jetzt einmal den Bund zu dem zu bringen, was die meisten Länder in den letzten Jahrzehnten versäumt haben. Und es gibt gruselige Beispiele, was man mit Fröschen, mit Wühlmäusen, Haushunden – weil ich vorher gefragt worden bin, ob ich Haustiere habe – beziehungsweise mit anderen Viechern in Österreich in einem Bundesland schon machen darf und in dem anderen nicht.

Und diese Tatsache, die hat Leute – in der Steiermark 66.000, österreichweit fast eine halbe Million – soweit gebracht, daß sie sagen, sie wollen auf Bundesebene ein Tierschutzgesetz, weil die Länder in diesem Bereich sehr, sehr unterschiedlich handeln und wahrlich nicht allen gleich zu trauen ist.

Ich bitte daher noch einmal, diesem Beschlußantrag zuzustimmen.

Das Zweite: Da möchte ich eine kleine Bemerkung zum Klubobmann Flecker machen, der uns in den letzten Tagen mit Äußerungen erfreut hat, die ich inhaltlich in vielen Bereichen attraktiv gefunden habe. Ich habe mich gefreut, daß er sich traut, gesellschaftskritisches Vokabular auch wieder einmal im Mund zu führen. Daß er sie heute modifiziert hat, das ist seine persönliche beziehungsweise seine parteipolitische Angelegenheit. Aber ich glaube, wenn es ein SPÖ-Politiker auf Landesebene schafft, den Bund zu kritisieren, seine eigene Fraktion zu kritisieren und dort mehr Visionen zu verlangen, dann sollten wir als Landtag es auch schaffen, unsere Anliegen an den Bund heranzutragen. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Fällt das auch unter den Tierschutz, Frau Kollegin Zitz?“) Ob das auch unter Tierschutz fällt, Herr Abgeordneter Peinhaupt, diese Frage werde ich niemals beantworten.

Nun glaube ich, daß dieses miteinander vernetzt arbeiten und den Bund zur Verantwortung ziehen auf allen Ebenen passieren sollte. Daß das Land sich gegenüber dem Bund mundtot machen lassen soll, mit einer sehr seltsamen Föderalismusargumentation, die nicht nur die ÖVP, sondern auch die SPÖ im Mund führt, das finde ich blamabel. Und das ist für mich indirekt auch eine Abwertung unserer Kompetenzen als Landtag.

Wenn wir es schaffen, die internationale Diesel- und Benzinlobby aufzufordern, den Benzolgehalt zu reduzieren, dann haben wir genauso die Möglichkeit, den Bund aufzufordern, im Tierschutzbereich endlich aktiv zu werden. Und wenn uns eine halbe Million Österreicher erst mit einem Volksbegehren dahin stoßen müssen, so sei es darum. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 11.55 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Erich Pörtl.

Landesrat Pörtl (11.55 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte jetzt ein bißchen mit Übertreibung versuchen, die Dinge noch einmal in den Mittelpunkt zu stellen, weil manche so eine wahnsinnige Freude haben, alles so zu regeln, und das habe ich mit Über-

treibung gemeint, am besten wäre es, daß der Vatikan sich auch noch mit dem Thema beschäftigt. (Abg. Mag. Zitz: „Liebet die Schafe!“) Moment, seien Sie vorsichtig, Sie kommen schon dran.

Ich möchte wirklich doppelt und dreifach unterstreichen, daß wir in den letzten Jahrzehnten in dieser turbulenten Entwicklung und in dieser gewaltigen Veränderung des Empfindens der Menschen, vor allem auch der Menschen untereinander - wir sind ja auch gewalttätig gegenüber den Menschen, und das hat ja automatisch durchgeschlagen auf die Tiere -, daß extreme Positionen und Auswirkungen uns gezwungen haben, Gesetze zu machen und Regeln und Verordnungen zu erlassen.

Ich wäre der Auffassung, wenn wir uns von der Basis her so entwickeln, daß wir diese Regelungen nicht brauchen, das wäre für mich ein Erfolg. Ich behaupte nach wie vor, Kollegin Zitz, daß das eine blamable Schande ist, wenn wir uns hier nicht getrauen, Dinge zu regeln, daß wir sagen, der Bund soll das regeln, der macht die Grundsatzgesetzgebung und dann - (Abg. Dr. Wabl: „So hat sie es nicht gemeint!“) Nein, nein, sie hat es schon so gemeint. Fest anschaffen, und bei der Verantwortung davon schleichen. Das möchte ich in dieser Form nicht handhaben.

Wir haben uns in der konkreten mühsamen Beschlußfassung einstimmig in einigen Dingen im Landtag durchgerungen.

Und wenn ich auf die Killerhundegeschichte komme, in der Schiejok-Arena haben wir das auch durchleuchtet, Kollege Peinhaupt. Ich muß eine Geschichte erzählen, daß das durchschlägt. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Ich kenne die Geschichte!“) Nein, ich erzähle eine Livegeschichte.

Der Pöttl Erich geht zum Mittagmenü zum Würststand auf den Hauptplatz. Neben mir steht ein älterer Herr und sagt: „Aha, Sie sind der Pöttl, schauen Sie den braven, armen Hund an, der neben mir liegt,“ - es war ein Rottweiler - „Sie haben etwas gegen den Hund.“ Ich habe gesagt, nein, gegen den Hund habe ich wirklich nichts. Für mich ist nur entscheidend, wer diesen Hund hält und wie er gehalten wird. Auf einmal kommt er mit mir in eine Diskussion und sagt: „Sie, ein so ein Packerl an Unterlagen und Beweisen habe ich gebraucht, und was glauben Sie, warum ich den Hund brauche? Ich habe Aufsichtsverpflichtungen, Pistole kann man keine mehr einstecken, jetzt habe ich mir einen Hund besorgen müssen.“ In dieser geistigen Haltung ist der Rottweiler dort gewesen, damit er sozusagen den als lebende Waffe benutzen kann. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Das ist Schutzbedarf, Schutz- und Wachbedarf, das ist ein Unterschied!“) Das kannst du drehen, wie du willst. Ich muß ganz ehrlich sagen, ich bin jederzeit bereit, jedem Klub eine Videokassette zu übermitteln, wo man sieht, was da alles passiert ist, unter welchem Eindruck der Landtag einstimmig beschlossen hat. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Man kann es aber anders auch aufzeichnen!“)

Und wenn wir schon bei diesem Thema sind, ich bin sehr froh, daß die Kollegin Kaufmann das angesprochen hat, mit dem Kupieren und dem Züchten. Schauts euch die überzüchteten Tiere an, wie arm die sind. Das ist ja auch eine indirekte Gewaltausübung, wenn dort übertriebene Hundekultur betrieben wird,

daß manche Leute die Kleidung, das Auto und den Hund als eine Einheit gestylte Maßnahme sehen. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das Surfbrett fehlt noch!“) Das Surfbrett gehört auch noch dazu. Ich meine, das ist ja an und für sich erlaubt, ich habe ja nichts dagegen. Aber dann so zu tun, als hätten wir nach einem einstimmigen Beschluß des Landtages unrecht gehandelt, wo dann der Verfassungsgerichtshof - (Abg. Ing. Peinhaupt: „Die Verordnung hat die Landesregierung ohne die Stimmen der Freiheitlichen erlassen. Im Gesetz haben wir es drinnen, was zu tun ist; veterinärmedizinisches Gutachten und so weiter!“) Wir haben das ja eh ausjudiziert. Es ist nur gut, daß die Zwischenrufe auch aufgeschrieben werden und alles paßt. Beim nächsten Hundebißskandal mußt du in die Arena ziehen. Das sage ich dir auch ganz klar.

Da, einstimmig beschlossen, wir keine Verordnung machen und es passiert etwas Gröberes, dann sagens, „Herr Landesrat, wo sind wir denn, wir haben einstimmig beschlossen, wir haben eine Verordnung, und Sie tun nichts“. Ich habe keine Immunität, ich werde vorgeführt, wenn da geklagt wird.

Sofort einen Antrag stellen, Gesetz ändern, und der Pöttl Erich als Landesrat macht alles, was frei und möglich ist. Du kannst Löwen halten, alles. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Wenn ich beim Heimfahren einen Unfall habe, ist auch nicht der Landesrat Ressel als Verkehrsreferent schuld, oder?“) Ich möchte nur die Position darstellen, und ich verkürze es. Wenn man entstellte junge Menschen oder nach schwersten Operationen Kinder erlebt hat und Eltern in Weinausbrüchen agieren, zählt für mich zuerst der Mensch und dann der Hund. Da könnt ihr machen, was ihr wollt, die Einteilung muß laufen. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Ing. Peinhaupt: „Das gilt für alle Hunde?“) Ja selbstverständlich für alle Hunde. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Dann tun wir erheben, wer am meisten beißt!“)

Ja, das wissen wir. Aber bitte, ich muß schon ganz ehrlich sagen, wir haben jetzt daheim einen Rauhaardackel, ein Weiberl. Wenn mich die zwickt, glaube ich nicht, daß ich da einen Fuß verliere. Aber wenn der Rottweiler aggressiv abgerichtet ist, der beißt dir einen Haxen ab mit ein paar Drucker, daß es gleich so kracht. Ich habe vor kurzem solche Vorfürungen erlebt. Da ist einiges an Gewaltpotential wirklich drinnen.

Ich will heute den Bericht nicht als Hundediskussion abführen. Aber bitte, ein bißchen einen Mut müssen wir auch noch haben, daß wir in solchen Dingen, wenn der Landtag sehr klar darlegt, wie wir vorzugehen haben, und wenn es konkret wird, nicht wieder davonrennen. Da hilft uns auch die Bundeskompetenz in Wahrheit überhaupt nichts.

Noch etwas möchte ich einfügen. Die Länderregelungen, ganz offen angesprochen, die sind sehr praxisgerecht. Wenn der Wiener Landeshauptmann Häupl und die Vorarlberger und die Salzburger die Käfighaltung verbieten, verzichten sie auf etwas, was sie gar nicht haben. Das ist die nackte Wahrheit. Weil dort nichts vorhanden ist. Da ist es ja relativ einfach, eine solche Regelung zu treffen.

Für uns in der Steiermark ist natürlich selbstverständlich klar, daß wir es auch in der Gesamtsicht, in der Gesamtbetrachtung unsere moralische Verpflichtung sehen müssen, Entwicklungen zu forcieren,

damit die Volierenhaltung, die Bodenhaltung auch vom Konsumenten angenommen und bezahlt wird. Das ist die Grundvoraussetzung. Ich sage ganz offen, ich möchte auch nicht in einem Käfig sitzen, ganz ehrlich, ich möchte nicht drinnen sitzen. Aber bitte, wenn ich dann die Alternative habe, auch selbst erlebt, daß zum Beispiel Bodenhaltungen, wo der Boden verseucht ist mit Verwurmungen und, und, und, oder Bodenhaltungen mit höchstem Chemikalieneinsatz, damit dort die Gesundheit erhalten wird, und eigentlich mit der Käfighaltung versucht wird, über mechanische Maßnahmen vor allem hochqualitativ zu erzeugen, dann ist das abzuwägen und es ist die Weiterentwicklung der Boden- und Volierenhaltung die Grundvoraussetzung, daß man das nächste Thema diskutieren kann.

Das halte ich für eine ganz gescheite Geschichte. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Das sind immer die Extreme!“) Und so ist das. Daher haben wir auch in der Nutztierhaltungsverordnung für die Käfigregelung die Besatzfrage und auch die Überlegungen, die vor allem technisch und mechanisch möglich sind, daß sich auch dort die Möglichkeit der Eiablage und all das so organisieren läßt, daß wir uns sozusagen nicht restlos und komplett ausliefern.

Was der Kollege Riebenbauer bezüglich des Durchführungserlasses angesprochen hat: Wir werden also selbstverständlich im Rahmen unserer gesetzlichen Vorgaben, wir haben ja auf Bundesebene eine Artikel-15 a-Vereinbarung, wir haben eine EU-Übereinkunft auch im gesetzlichen Rahmen, auch in der Umsetzung fahren.

Was die Ausnahmen betrifft, die die Kollegin Dietrich angesprochen hat. Ja bitte, das ist an und für sich genau der Praxisbezug. Wenn wir alle kleinen Betriebe sozusagen eliminieren wollen, dann dürfen wir keine Ausnahmen machen. Und das war ein wesentlicher Grundsatz für die kleine bäuerliche Tierhaltung – (Abg. Ing. Peinhaupt: „Das ist ein bißchen lächerlich, das muß ich schon sagen. Wenn ich beim heutigen Fleischpreis bei einer Kuh von 6000 Schilling ausgehe und einer vier oder fünf Kühe hat und die fünfte darf er nicht mehr anbinden, die vier kann er anbinden. Ja, da fehlt es mir wirklich an Verständnis!“) Ja, also zum Glück haben die, die das auslegen, eine andere Perspektive! Wir haben ja Übergangsfristen. Wir haben jetzt ja kaum einen Rinderstall, der nicht, wenn er Milchviehhaltung hat, massiv überlegt, einen Boxenlaufstall zu machen, aus arbeitstechnischen Gründen, aber auch aus Kostengründen. Ich kenne mich da schon sehr gut aus.

Schauen wir einmal, was bei den Stalleinrichtungen in Wahrheit, ich will nicht sagen Nickelstahl, aber hohe Investitionen drinnen sind. Und es ist jetzt schon in weiten Bereichen die Frage Boxenlaufstall mit mehr Bewegung im Raum. Über den aktuellen Stand kann man sich jederzeit beim Architekt Dietrich in der Landwirtschaftskammer erkundigen, wie dort vor allem mit dem Baustoff Holz heute Rinderställe errichtet werden. Das ist, glaube ich, der sympathischere Anzug, der damit mitunterstützt wird. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Herr Landesrat, aber man muß schon auf eines aufmerksam machen, daß automatisch die Boxenhaltung eine Enthornung nach sich zieht, die wieder im Gegensatz zu den Bestrebungen des Tierschutzes

steht!“) Naja, ich will nicht grauslich werden, aber bitte schön, wir schneiden uns auch die Fingernägel ab, die Zwideren überhaupt, damit sie nicht kratzen können. (Allgemeine Heiterkeit.)

Aber das haut die Welt nicht um. Daß ich wegen der Enthornung keinen Boxenlaufstall machen kann, das glaube ich nicht. Das glaube ich sicherlich nicht. Denn dann kann ich diskutieren, ob ich einen Ochsen oder keinen habe. Das ist auch kein angenehmes Unternehmen, wenn man aus einem Stier einen Ochsen macht. Ist ja wahr oder? Ich glaube vor allem, daß gerade diese Position, die der Kollege Peinhaupt eingenommen hat, noch mit aller Kraft alles zusammensuchen, wo nur irgendwo etwas eingeschleust werden könnte. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Nicht mit aller Kraft, sondern ganzheitlich!“)

Heute zum Beispiel in der Früh habe ich gehört, daß im Schließfach mit Atom gehandelt wird irgendwo, bis zum Schirinovsky sind sie alle dabei. Ich meine, eine solche Räubergeschichte kann ich immer erzählen. Wir haben eine sehr, ich möchte fast sagen präzise und umfassende Kennzeichnungsmethode, wo ebenfalls wieder die Überbürokratie mit den zusätzlichen Kosten kritisiert wird.

Ich sage das hier im Landtag, wir haben blitzartig alle Tiere in der Steiermark, wo Handel betrieben worden ist, die auch nur den Anschein haben, sofort überprüft, wo ist der Ursprung, damit keine Drittlandvarianten auftreten (Abg. Ing. Peinhaupt: „Vor drei Wochen in Leoben auch?“), daß wir solche Drittlandvarianten abklären können! Wenn solche Dinge vorliegen, bitte Adresse, und wir sind jederzeit bereit, da zu schalten. Da bin ich sehr dankbar, denn ich kann überhaupt nicht sagen, daß es so etwas überhaupt nicht gibt. In der normalen Administration ist präzise und klar festgelegt, daß wir eine klare Kennzeichnungspflicht haben.

Meine Damen und Herren, die Frage, wo man den Tierschutzbericht eingliedern soll, die wird lösbar sein. Und ich möchte das noch einmal unterstreichen, wir wollen da auch mit den Tierschutzvereinigungen Kontakt aufnehmen, weil die sich vor allem wirklich mit Leidenschaft einsetzen. (Beifall bei den Grünen.) Ja, da brauche ich gar keinen Applaus. Das ist ja bei uns immer so gewesen, daß wir mit den Tierschutzvereinen kooperiert haben, weil wir ja damit die ehrenamtlichen Aktivisten sehen und somit auch als unsere Partner. Natürlich gibt es extreme Ausritte, wo vor allem die Argumentationen der Kollegin Dietrich und der Kollegin Kaufmann berechtigt sind, vor allem auch vom Kollegen Riebenbauer, wo auch die natürlichen Empfindungen ihren Platz haben müssen. Aber im Grunde ist über den Tierschutz eine ganz massive und, wenn ich das so sagen darf, Lobbygemeinschaft für eine natürliche bäuerliche Lebenshaltung auch vorhanden, ich sage auch vorhanden. Da gibt es natürlich auch verschiedene Maßnahmen, um Mitgliederwerbung zu betreiben. Da auch die Rettung der Murbodner angesprochen worden ist. Meine Damen und Herren, seit Jahren haben wir ein Generhaltungsprogramm, längst bevor wir sozusagen jetzt das in das ÖPUL, in die gefährdeten Tierrassen eingegliedert haben, denn es wäre eine ganz schwere Vernachlässigung gewesen, eine solche Rasse mit ihren Gen-

qualitäten sozusagen verkommen zu lassen. Es war damals schon der allerletzte Moment.

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend sehr, sehr herzlich danken für die Beiträge in der konfliktreichen Materie. Ich möchte Herrn Hofrat Dr. Ressi mit der gesamten Crew ansprechen, der es durchaus nicht leicht hat, diese Interessenspotentiale und Konflikte zwischen Landwirtschaft, zwischen dem Tierschutz und zwischen den Tierzuchtvereinen – das ist eine ganz massive wirtschaftliche Gruppe, die nicht zu unterschätzen ist – zu lösen und wir da einen vernünftigen und ausgeglichenen Weg finden.

Meine Damen und Herren, wir werden selbstverständlich überlegen, diese Frage des Tierschutzes in der Verantwortung des Landes zu behalten. Wir sind davon überzeugt, und so gerne wir auch den Bund haben, aber ich möchte da wirklich um Verständnis bitten, es ist nicht eine Gegenposition gegen diese 66.000 Unterschriften, weil diese Menschen an und für sich für den Tierschutz sich eingesetzt haben. Nur, wir haben diese Voraussetzungen in unserem Lande längst positioniert. Wir haben einige Konfliktfelder gehabt, ich will den Kollegen Peinhaupt nicht noch einmal reizen in der Frage der Fallenregelung, die keine einfache, sondern eine konfliktreiche Sache war, das haben wir geregelt. Wozu brauchen wir dann die Bundesregelung? Dann werde ich auch ein bißchen direkter und sage, auch die Mausefalle, wenn wir schon einen gewissen radikalen Winkel einschlagen, dann müssen wir uns wirklich total verausgaben. Ich glaube vor allem, daß wir in dieser sehr sensiblen Zeit, wo ethische Fragen manchesmal die moralischen und die humanen überwiegen, möchte ich wirklich bitten, daß da ein gewisses Gleichgewicht und ein gewisses Mittelmaß gegeben ist.

In diesem Sinne werden wir auch versuchen, in Absprache mit den Fraktionen und vor allem auch mit den Tierschutzverantwortlichen des Landes den Bericht so darzustellen, wo er eingegliedert wird, ist also noch nicht festgelegt, wir werden ihn daher sicherlich so präsentieren, daß er für die Öffentlichkeit sichtbar und lesbar wird. Dieser Bericht war und ist für den Landtag die Grundlage, was ist der gesetzliche Rahmen, was haben wir an Maßnahmen gesetzt, wie ist die Administration. Das ist, glaube ich, der entscheidende Punkt, der auf der heutigen Tagesordnung, in der Diskussion und in der Abhandlung sichtbar war. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. - 12.12 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eingbracht wurden folgende Beschlüsse: erstens der Abgeordneten der Grünen und des LIF, betreffend Tierschutzvolksbegehren, und zweitens der Abgeordneten aller Parteien, betreffend den-Tierschutzbericht.

Beschlüsse können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich überreicht wurden. Das ist geschehen.

Diese Anträge haben die erforderliche Unterstützung.

Ich komme zur Abstimmung in folgender Reihenfolge: erstens über den Antrag des Berichterstatters, zweitens über den Beschlussesantrag der Grünen und des LIF und drittens über den Beschlussesantrag aller Parteien.

Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Wer dem Beschlussesantrag der Abgeordneten der Grünen und des LIF die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wer dem Beschlussesantrag aller Parteien die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 147/1, betreffend den Abverkauf der Grundstücke 408/20 und .1202 der EZ. 693, KG. Müzzuschlag, an Othmar Kern, Grautschenhof 15, Spital am Semmering, zum Preis von 1,300.000 Schilling.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karlheinz Vollmann.

Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Vollmann (12.14 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, Einl.-Zahl 147/1, betrifft den Abverkauf der Grundstücke 408/20 und .1202 der EZ. 693 der KG. Müzzuschlag an Herrn Othmar Kern, Grautschenhof 15, Spital am Semmering, zum Preis von 1,300.000 Schilling.

Es hat für diese beiden Grundstücke verschiedene Interessenten gegeben, weshalb sie geschätzt worden sind und dem Bestbieter nun diese Grundstücke verkauft werden sollen – das Grundstück 408/20 im Ausmaß von 919 Quadratmeter und das zweitgenannte Grundstück im Ausmaß von 92 Quadratmeter.

Die Liegenschaft ist an das öffentliche Leitungsnetz für Strom, Wasser und Kanal angeschlossen. Auf einem Grundstück befindet sich auch ein Wohnhaus, das im Jahre 1955 errichtet worden ist und einen mittelmäßigen Bauzustand aufweist. Die Dienstbarkeit, Führung und Erhaltung eines Starkstromkabels über das Grundstück 408/20 für die Republik Österreich wurde bei der Bewertung berücksichtigt.

Auch die Abteilung für Liegenschaftsverwaltung hat sich für die Veräußerung ausgesprochen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Abverkauf der Grundstücke 408/20 und .1202 der EZ. 693 der KG. Müzzuschlag an Herrn Othmar Kern, Grautschenhof 15, Spital am Semmering, wird zum Preis von 1,300.000 Schilling genehmigt. (12.15 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte die Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 148/1, betreffend den Abverkauf des Trennstückes 1 des Grundstückes 56 der EZ. 2727, KG. 63125 Webling, im Ausmaß von 785 Quadratmeter an die Interessensgemeinschaft Süd-Ost um 769.300 Schilling.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Karlheinz Vollmann.

Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Vollmann (12.16 Uhr): Es handelt sich hier wieder um den Verkauf eines Grundstückes, und zwar ein Trennstück des Grundstückes 56 der EZ. 2727 in der KG. 63125 in Webling im Ausmaß von 785 Quadratmeter an die Interessensgemeinschaft Süd-Ost um 769.300 Schilling. Die Interessensgemeinschaft braucht dieses Grundstück, um die Zufahrt zu ihren anderen erworbenen Grundstücken zu haben und um die Probleme der Schneeräumung im Winter auszuräumen.

Es wird daher seitens der Landesregierung der Beschluß zum Antrag erhoben. Der Hohe Landtag wolle beschließen, daß das im Lageplan des Dipl.-Ing. Mayrhofer vom 10. März 1996 dargestellte Trennstück 1 des Grundstückes 56 der EZ. 2727, KG. 63125 Webling, im Ausmaß von 785 Quadratmeter an die im Antrag genannten Interessenten zum Preis von 769.300 Schilling verkauft wird. (12.17 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Auch hier liegt keine Wortmeldung vor.

Ich bitte die Damen und Herren um ein Händezichen für den Fall ihrer Zustimmung.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

7. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den 13. und 14. Bericht der Volksanwaltschaft an den Steiermärkischen Landtag, Einl.-Zahl 5/1.

Berichterstatteerin ist die Frau Abgeordnete Dr. Eva Karisch.

Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Karisch (12.18 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung sehr ausgiebig mit dem vorliegenden Bericht befaßt.

Zwei Volksanwälte waren persönlich anwesend.

Namens des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der 13. und 14. Bericht der Volksanwaltschaft (1993 und 1994) an den Steiermärkischen Landtag wird zur Kenntnis genommen. (12.19 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Erster Redner ist der Herr Abgeordnete Herrmann.

Abg. Herrmann (12.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich muß mich entschuldigen, daß ich trotz dieser Hitze die Redezeit ein bißchen erweitere, doch wir Gemeindevertreter und wir Bürgermeister kriegen halt sehr oft kalt-warm, und wir sind daher diese Hitze gewöhnt.

Wenn man den 13. und 14. Bericht der Volksanwaltschaft liest, dann könnte man meinen, wir, die Gemeindevertreter und die Bürgermeister, sind jene, die eben die Gesetze nicht so achten. Denn von insgesamt 399 Beschwerdefällen betreffen 201 den Bau, die Straßen und die Raumordnung, das sind 50,3 Prozent; und das Gemeinderecht 41 Beschwerdefälle oder über 10 Prozent.

Man muß aber genauer lesen. Und vor allem wir Bürgermeister, glaube ich, haben diesen Bericht sehr genau gelesen, denn wir konnten daraus auch sehr viel lernen. Von den insgesamt 201 Beschwerdefällen, die hier Bau, Straßen und Raumordnung betreffen, waren 170 oder 85 Prozent nicht berechtigt oder durch Aufklärung erledigt. Lediglich 15 Prozent waren berechtigt.

Dazu muß ich aber schon sagen, daß die meisten Bürgermeister keine Juristen sind und daher dieser Prozentsatz meiner Meinung nach ein guter Prozentsatz ist, denn jeder Gemeindevertreter will das Beste für seinen Bürger.

Ich möchte nun über ein paar Fälle berichten, wie es einem gehen kann, denn ich bin der Meinung, beim 15. und 16. Bericht der Volksanwaltschaft werde auch ich dort aufscheinen.

Vor zirka 40 Jahren wurde auf einen, wie wir sagen, Hohlweg verzichtet und eine neue Straße am Hang angelegt. Die Gemeinden waren damals nicht sehr aktenfreudig und haben das nicht niedergeschrieben, und es ist auch nicht vermarktet worden. Nun ist ein Nachbar, weil er mit dem anderen gestritten hat, auf die Idee gekommen, er möchte nun diesen Hohlweg wieder aktivieren, damit er sein Holz herausbringen kann, obwohl der andere Weg nur 20 Meter höher liegt. Ihr könnt euch vorstellen, wieviel Arbeit das für den Bürgermeister und den Gemeindebediensteten war, einmal die ganzen Protokolle zu durchsuchen, ob etwas da ist. Es war nichts da. Es mußten zwei Schreiben der Volksanwaltschaft beantwortet werden, und beim letzten haben wir darauf hingewiesen, daß eben unserer Meinung nach, wenn 40 Jahre ein Recht nicht genutzt wird, dieses verjährt ist. Wir haben dann auch recht bekommen.

Der nächste Fall – das Baurecht. Und hierkomme ich fast in die sogenannte Nutztierverordnung. Es ist interessant, daß Leute nicht den Gesetzesweg, also die Instanzen, ausnützen, sondern anscheinend eben von den Medien her kennen, vom Fernsehen, daß man zum Volksanwalt gehen kann. Da haben wir nun einen Landwirt, der eben nach der neuen Nutztierverordnung seinen Stall für die Mutter-sauen vergrößern möchte. Wer die Verordnung ange-

sehen hat, weiß, daß eben die Quadratmeter vergrößert werden können.

Nun gibt es einen, und vor allem ein Berufskollege von ihm, der sagt, ich bin dagegen. Hätte der nun seine Umstellung im bestehenden Stall gemacht, dann wäre nichts passiert, so wollte er die Gesundheit der Tiere fördern, und es wird ihm verwehrt. Es wird ihm verwehrt, daß ein sogenannter Freilauf für die Mutter-sauen errichtet wird. Und dann kommen Anliegen oder Beschwerden oder Auflagen, die ja mit dem Bau-recht oder mit der Baubehörde überhaupt nichts zu tun haben. Es wird hier eingewendet, er möge doch von den derzeit bestehenden Muttersauen mehr Ferkel züchten. Also, ich muß sagen, wie das die Baubehörde vorschreiben soll, ist mir nicht bewußt, außer wir würden eben den Luftraum oder den Raum, den die Tiere brauchen, erhöhen, und dadurch würde die Gesundheit eben größer sein.

Es gibt aber auch die Forderung, daß der Mist-haufen zu klein ist, dann muß man alles überprüfen, dann muß hingehen, dann muß ihn abmessen, dann kommst du drauf, daß derjenige, der die Beschwerde beim Umweltschutz gemacht hat, daß der seinen Mist-haufen noch kleiner hat. Und so geht das weiter.

Wo wir auch Probleme haben und wo man eben dann zum Volksanwalt geht, das ist die Raumord-nung. Ich glaube, wir haben beim Budget darüber gesprochen, das ist sehr unbefriedigend. Denn wie sollen wir Leuten verständlich machen, daß man nun ein Gesetz geschaffen hat, daß man im Freiland, wenn schon vier Häuser sind, daß man auffüllen kann. Aber daß man dann noch eine bestimmte Umgebung sein muß, also das begreift niemand von den Leuten draußen, denn der sagt, wenn ich hier jetzt an der Straße entlang schon vier Häuser stehen habe, und es ist eine Lücke drinnen, daß ich da nicht noch etwas reinstellen kann, das ist für diese Leute sehr, sehr unverständlich. Und ich glaube, wir müssen auch hier Abhilfe schaffen, damit wir diesen Passus rausbringen.

Wie gesagt, meiner Meinung nach werden die Instanzenwege zu wenig ausgenützt. Denn es wäre erst der letzte Weg, daß man zum Volksanwalt geht. Persönlich als Bürgermeister muß ich sagen bin ich froh, einen solchen Bericht zu haben, denn wie gesagt, 15 Prozent sind nicht soviel, berechtigt waren die Beschwerden, und sie werden auch beseitigt, aber wie gesagt, man kann sehr, sehr viel daraus lernen. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 12.26 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch.

Abg. Dr. Karisch (12.26 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es liegt ein Bericht der Volksanwaltschaft über die Beschwerdefälle in der Steiermark in den Jahren 1993 und 1994 vor. 1104 Beschwerden waren es insgesamt für die gesamte Verwaltung des Landes, Bund-Land-Selbstverwaltung. 399 betrafen das Land und die Selbstverwaltung und sind damit für uns relevant.

Der Löwenanteil, wie Kollege Herrmann schon ge-sagt hat, und das ist etwas, was wir bei jedem Bericht in ganz Österreich finden, gehörte zum Baurecht und zur Raumordnung. Aber man darf das nicht über-

schätzen. Die Fälle liegen im Promillebereich, ver-glichen mit der großen Anzahl der Bauverfahren im ganzen Land.

Der Bericht zeigt uns Mängel in der praktischen Verwaltung auf, aber auch Schwachstellen in unseren Rechtsnormen. In der praktischen Verwaltung man-gelt es – und das haben die Volksanwälte in der Dis-kussion noch bestätigt – oft an der Information für den Bürger, am Gespräch mit dem Bürger. Der Bürger kennt sich nicht ausreichend aus und ist dann nicht zufrieden und erhebt eine Beschwerde. Wenn er dann die Aufklärung von der Volksanwaltschaft bekommt, ist alles in Ordnung, die Beschwerde ist erledigt. Ein-facher wäre es, diese Erklärung gleich zu liefern, und ich wünsche mir von der Verwaltung, von Herrn Hofrat Ortner und von der Dienstaufsicht, ent-sprechende Anleitungen und Hilfestellungen für die Beamten; viele machen es ja ganz ausgezeichnet.

Der zweite Punkt sind die Schwachstellen in der Rechtsordnung. Sechs Anregungen möchte ich kurz erwähnen, die die Volksanwaltschaft uns mit diesem Bericht mitgegeben hat.

Die erste, das Ruhegeld des Landes für Pflege-mütter. Die Richtlinien sehen die Anrechenbarkeit der Pflegezeiten erst ab dem Inkrafttreten des steirischen Jugendwohlfahrtsgesetzes im Jahre 1958 vor. Zeiten davor zählen nicht, und das führt in einigen wenigen Fällen zu einer großen Härte, und die Volksanwalt-schaft regt an, wir mögen das korrigieren und hier eine Übergangsbestimmung einführen, die auch diese Fälle positiv berücksichtigen kann. Viel wird es nicht kosten, denn es sind wie gesagt nicht sehr viele Fälle, und ich möchte diese Anregung an die Frau Landes-rätin Rieder weitergeben und sie bitten – sie ist leider nicht hier, vielleicht kann man es ihr ausrichten –, hier eine Korrektur in der Richtlinie vorzunehmen.

Der zweite Punkt, meine Damen und Herren: Es gibt immer wieder Schwierigkeiten beim Pflegegeld, bei der Ermittlung des Pflegegeldes bei geistig und psychisch Behinderten. Schwierigkeiten bei den Sach-verständigengutachten bei der Frage, wieviel Hilfe-stellung ist nötig. Und ich glaube, hier sollte man auch ein paar Faustregeln, ein paar Richtlinien als Hilfe-stellung entwickeln.

Drittens: Es wurde die Normierung einer allgemei-nen Informationspflicht für die Sozialversicherungen angeregt. Das trifft uns nicht unmittelbar, aber es wurde festgestellt, daß die Broschüren, die wunder-schönen, teuren Broschüren auf Hochglanzpapier, so gut und so liebevoll sie auch gemacht sind, den Adres-saten nicht erreichen. Sie werden von einem großen Teil der Klientel nicht verstanden und sind sozusagen umsonst. Mehr Information, mehr Hilfeleistung durch den Beamten wäre wünschenswert.

Viertens: Im Raumordnungsrecht, Kollege Herr-mann hat es schon angesprochen, fehlen Normen zum Schutz der Nachbarn gegen Betriebe der Massentier-haltung im Bauverfahren. Es kommt immer mehr und immer häufiger zu Geruchs- und Lärmbelästigungen mitten im Dorf. Plötzlich wird eine Intensivlandwirt-schaft geführt in einer schon lange vorhandenen Land-wirtschaft, dazu ein bißchen Fremdenverkehr, und der Teufel ist los im Dorf. Es stinkt, es ist laut, das ist niemandem zumutbar. In der Steiermark fehlen ent-sprechende Normen. Die oberösterreichische Bau-

ordnung, und das hat uns die Volksanwaltschaft sozusagen als Anleitung mitgegeben, sieht die Möglichkeit einer nachträglichen Vorschreibung von Auflagen und Bedingungen vor, soweit sie zur Beseitigung einer Gefährdung oder unzumutbarer Belästigungen nötig sind. Das wäre auch eine Anregung für uns. Wir sollten uns überlegen, ob wir in die neue steirische Bauordnung nicht eine ähnliche Bestimmung aufnehmen. Eine Anregung für unseren Referenten, Herrn Landesrat Schmid, der, so sehe ich, auch nicht hier ist. (Abg. Mag. Bleckmann: „Er ist im Büfett!“) Er hört es vielleicht im Büfett, ja.

Sechster Punkt: Es fehlt eine Übergangsregelung für Annuitätenzuschüsse nach der steiermärkischen Wohnbauförderung. Die Annuitätenzuschüsse wurden verändert, aber maßgebend für die Erledigung ist nicht der Zeitpunkt des Einbringens des Antrages, sondern der viel spätere Zeitpunkt der Erledigung, das heißt, bleibt ein Antrag lange liegen, wird spät entschieden, dann bekommt man weniger. Die Volksanwaltschaft drückt das sehr hart und sehr klar aus. Dies sei quasi eine Verführung sozusagen oder eine Anleitung an die Behörde, möglichst spät zu entscheiden, um Geld zu sparen, damit es weniger kostet. Das sollte bitte in einem Rechtsstaat nicht der Fall sein. Ich glaube, wir müssen klare Bestimmungen machen. So sollte es nicht sein. Auch eine Bitte an den Landesrat Schmid.

Und als letztes ganz kurz noch, auch hier hat der Kollege Herrmann schon darüber gesprochen, das Baurecht. Die Volksanwaltschaft hat folgendes festgestellt: Viele Verfahrensmängel, die sicher nicht auf böse Absicht, sondern auf Unkenntnis der komplizierten Gesetze zurückzuführen sind, viele konsenslose Bauführungen, die Verletzung von Vorschriften, Säumigkeit der Gemeinden bei der Erlassung von Raumordnungsplänen. Auch hier sollten wir Hilfsangebote, Schulungen für die Gemeindevertreter anbieten, damit die Bauordnung, die ja in letzter Zeit schon etwas einfacher geworden ist, besser vollzogen werden kann. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 12.33 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Er hat das Wort.

Abg. Dr. Wabl (12.33 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe Verständnis dafür, daß angesichts der Hitze auch unsere Bereitschaft nicht sehr groß ist, weltbewegende Dinge über die Bühne zu bringen. Ich möchte aber zum Einklang, auch zu diesem Tagesordnungspunkt, ein kleines Geschichtl erzählen. Der Herr Landesrat Pötl erzählt immer Geschichten, und ich erzähle auch eine Geschichte, die darauf hinweist, wie wichtig wir oft unsere Arbeit nehmen, wie sehr wir davon bestimmt werden, ob die Medien ein Thema für wichtig erachten. Ich erzähle ein Erlebnis, das mir echt Sorgen macht.

Ich weiß schon, daß der Bericht der Volksanwaltschaft nichts Sensationelles ist, aber daß die Regierungsbank wieder einmal unbesetzt ist, beweist, daß wir von dieser Seite her überhaupt nicht ernst genommen werden. Der Kollege Dörflinger schaut jetzt gerade zufällig herein, er ist ja nicht unbedingt ange-

sprochen, weil das Gesundheitswesen in diesem Bericht nicht entsprechend behandelt wird, weil die Frage der Zuständigkeit hier kaum gegeben ist.

Ich bin 15 Jahre in der Gemeinde tätig. Ich habe nicht vor, in epischer Breite dieses Beispiel anzuführen, das ich im Ausschuß angeführt habe. Trotzdem bin ich zornig darüber, daß wir einfach hier Vogel-Strauß-Politik betreiben. Da geht es um Verfehlungen in den Gemeinden. Wo immer hier die Schuld liegt, ich bin der letzte, der den Bürgermeistern hier die Schuld gibt, weil ich weiß, daß sich sehr oft aus dem Verfahrensfortschritt Probleme ergeben und so weiter. Aber letzten Endes gibt es Mißstände, die in sehr dramatischer Weise – die Frau Kollegin Karisch hat es da auch gesagt – aufgezeigt werden, und dann sind die Gemeindeaufsichtsregierungsmitglieder gar nicht da. Das geht dort offensichtlich niemanden etwas an. Ich frage mich, und auf das hat die FPÖ auch hingewiesen, wir sind natürlich in der Minderheit, ob wir diesen Zustand, daß für schwarze Gemeinden die schwarzen Aufsichtsbehörden zuständig sind und für die roten die roten, ob wir das auf die Dauer, auch im Lichte dieser Erkenntnisse, aufrecht erhalten. Dazu kommt noch, daß jene, wo keine parteipolitisch zugehörigen Bürgermeister sind, dem schwarzen Aufsichtsorgan unterstellt sind. Dann kommt es dort soweit, daß, wenn einer durch einen Andersdenkenden abgelöst wurde, dann natürlich die Probleme anfangen.

Wir diskutieren den Bericht. Es war im Ausschuß kein einziges Regierungsmitglied anwesend – wir selbst haben zwar diskutiert –, es ist heute niemand anwesend. Ich würde vielleicht wirklich bitten, daß man einmal darüber nachdenkt, ob das sein muß in diesem Lande. Wir tun eh schon immer weniger. Bei der letzten Ausschußsitzung haben wir, glaube ich, 14 Punkte gehabt von ungeheurer Bedeutung, weil wir haben ja 50 Parteienverhandlungen derzeit laufen. Heute haben wir acht Punkte, und es erscheint auch niemand mehr.

Ich habe vor ein paar Tagen, ich war auf Urlaub, ein Mitglied der Delegation der Volksanwaltschaft getroffen. Das war kein Grüner, denn die Grünen haben ja dort keinen Volksanwalt. Die Freiheitlichen haben noch einen, der war entschuldigt. Ich sage nicht, welches Mitglied es war. Dieses Mitglied hat, so glaube ich, für alle gesprochen und gesagt, jetzt ist die halbe Volksanwaltschaft, mit zwei Volksanwälten, mit Betreuern und Beratern, in die Steiermark angereist in der Erwartung, daß der Bericht diskutiert wird. Dann hat es ein paar Statements von den zwei Volksanwälten gegeben, und dann haben wir uns bemüht, teilweise mehr oder weniger, diesen Bericht zu diskutieren. Ich habe das Gefühl, daß bei den Regierungsparteien die Begeisterung – die Kollegin Karisch hat einiges dort zum besten gegeben –, diese Problematik zu diskutieren, nicht sehr groß war.

Ich persönlich bin der Auffassung, daß die Volksanwaltschaft, wie sie eingeführt worden ist, nach dem Vorbild von Schweden, ihre Bedeutung, ihre Wichtigkeit hat und daß man aus Berichten der Volksanwaltschaft nicht nur auf Einzelschicksale schließen, sondern sehr wohl Konsequenzen ziehen kann, und das kommt dann auch in einem Antrag zum Ausdruck, was man auch gesetzmäßig besser machen kann.

Ich finde, daß wir als Landtag und auch als Ausschuß es uns selber schuldig sind, wenn diese Delegation aus Wien kommt, daß wir uns die Mühe nehmen, dort entsprechend und ausreichend zu diskutieren. Weil, daß man diesen Bericht nur anschaut und sagt, da ist ein armer Teufel irgendwo, das scheint mir zu wenig zu sein. Es ist von den Medien nur mehr ein Redakteur da. Ich will das jetzt auch nicht kritisieren. Mir ist schon bewußt, es gibt Wichtigeres, aber ich sage hier eines, ich werde zum Beispiel dem Bericht über die Verfehlungen oder über die Versäumnisse der Gemeinde Gnäs – und der Herr Hofrat Schille sitzt ja draußen – genau nachgehen, wie lange das dort noch dauert, wie lange die Anrainer dort noch geplagt werden. Ich habe nur den letzten Satz hier, den ich vorlesen möchte. Da steht: Die bei der Volksanwaltschaft erhobenen Beschwerden betrafen, wie die exemplarisch dargestellten Prüfverfahren zeigen, insbesondere die Dauer von Bauverfahren und die mangelnde Wahrnehmung baupolizeilicher Aufgaben. Und er sagt, allein durch die Dauer des Verfahrens, im neunziger Jahr hat das schon angefangen, ist eine derartig eklatante Verletzung gegeben, also eine schwerwiegende, über Jahre währende Beeinträchtigung muß hingenommen werden.

Und jetzt kommt der springende Punkt. Das möchte ich hier auch in aller Öffentlichkeit sagen. In vielen Fällen sind das dürre Akteninhalte, wo man sagt, na ja, die Gemeinde, dann geht es wieder in die Instanz und so weiter.

Aber hier geht es um Leben und Tod, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes. Ich habe zum Beispiel das umwelthygienische Gutachten über diese Kottrocknungsanlage Bioren in Gnäs. Ich bin selber Richter, ich muß Ihnen sagen, es ist beschämend. (Abg. Majcen: „Du bist Sozialarbeiter!“) Ich bin Sozialarbeiter, du sagst es. Mir ist der Begriff Sozialarbeiter viel lieber als Richter.

Aber es ist beschämend, daß seit mehr als sechs Jahren zu Lasten der Gesundheit der Betroffenen das Verfahren auf- und abläuft – Bürgermeister, Gemeinderat, BH – und ich sage das hier in aller Deutlichkeit – der Bezirkshauptmann Marko wird jetzt verlängert –, nichts geschieht in dieser Geschichte, überhaupt nichts. Und die zwei betroffenen Anrainer – Kollegin Beutl, du lebst in der Gegend –, das ist die Familie Hödl, haben mir das erzählt, daß die Gattinnen, und ich kann nicht den Nachweis liefern, wir wissen, wie das in der Medizin aussieht, beide Gattinnen leiden an Krebserkrankungen der Atemwege. Die eine Frau hat einen Lungenkrebs und die andere Frau hat einen Kehlkopfkrebs. Jetzt werden sehr viele Gutachter sagen, ja, da kann man nicht den sicheren Nachweis liefern.

Deswegen sind die Japaner schon viel gescheiter. In Japan, Kollege Brünner, gibt es die Umkehr der Beweislast. Da muß der Betrieb selbst nachweisen, daß hier keine Kausalkette vorliegt.

Wenn man dann die Situation anschaut, daß diese beiden Familien quasi bis an ihre Existenz bedroht sind, nachdem die beiden Frauen jetzt nach langer medizinischer Betreuung auf Kuraufenthalt sind, und es geschieht nichts. Der Akt liegt noch immer bei der Gemeinde.

Sogar der Umwelthygieniker sagt, daß dieser Geruch als ekelregend zu bezeichnen ist. Sie sind in die Presse gegangen, sie waren, glaube ich, schon beim Schiejok und, und, und, aber geschehen ist nichts.

Ich komme schon zum Schluß, denn es wird offensichtlich tatsächlich zu warm. Es hilft wahrscheinlich eh nichts. Ich sage nur, ich habe jetzt ehrenamtlich die Vertretung der beiden übernommen.

Eines sage ich da hier, und ich fühle mich bestärkt durch diesen Bericht. Ich werde nicht nachgeben, ich werde bei jeder Verhandlung in Zukunft dabei sein, ob es etwas hilft weiß ich nicht, aber ich kann und will nicht zuschauen, daß hier Berichte vorliegen, daß hier eine Volksanwaltschaft auf Mißstände aufmerksam macht und die betroffenen Behörden nichts tun – aber schon gar nichts.

Ich glaube, es muß unser aller Auftrag sein und vor allem der Auftrag für uns Abgeordnete, daß wir Mißstände im konkreten Fall anprangern.

Kollege Herrmann, du hast ja schon gesagt, daß die Bürgermeister versucht sind, das Beste zu tun. Aber bitte, wir haben ja immer schon diskutiert, ob nicht gerade das Bauwesen eine Materie ist, wo der Bürgermeister in einen Gewissenskonflikt hineinkommt. Auf der einen Seite dem betroffenen Bauwerber möglichst das Leben nicht schwer zu machen, und auf der anderen Seite die Interessen der Anrainer wahrzunehmen. Und ob er nicht überlegen soll, obwohl das immer wieder zurückgewiesen worden ist, die Bürgermeister machen das hervorragend, und der Jurist macht es noch besser, daß die Konfliktsituation durch diese Baukompetenz, durch diese Zuständigkeit von selber gegeben ist, daß es einfach da hier wahrscheinlich keinen hundertprozentigen Ausweg gibt. Das sollte auch für uns Anlaß sein, ich habe das schon in der Ausschusssitzung erwähnt, und da krankt es ja auch, diese Berichte der Volksanwaltschaft werden ja von den Mächtigen dieses Landes kaum zum Anlaß genommen, daß man etwas ändert. Das ist in Wien noch viel schlechter als hier. Da gibt es im Sozialbereich Hunderte Kritikpunkte immer wieder, wo Frauen schlechtergestellt sind, wo man gesagt hat, das geht nicht so weiter, wo man nur helfen kann, wenn das Gesetz geändert wird. Aber da gibt es einfach die Strukturen, die Lobbys, die sagen, da kann die Volksanwaltschaft berichten, was sie will, oder Mißstände aufzeigen, da wird nichts geändert.

Und denken wir daran, es ist ja interessant und es paßt fast da herein, Bezügegesetz. Arbeitslose Einkommen, da hat man den Eindruck gehabt, in Wien draußen ist jetzt auf einmal die Geschichte mit dem Höchtl aktuell geworden, jetzt wird man aktiv. Alle setzen sich jetzt zusammen und tun schnell etwas.

Also ich kann nur wünschen, und damit bin ich am Ende, daß solche Berichte der Volksanwaltschaft nicht nur von denen, die betroffen sind und oft leidvoll betroffen sind, ernstgenommen werden, sondern auch von den Mächtigen in dem Land, die vielleicht einmal zeigen könnten, daß ihnen Kontrolle am Herzen liegt. Als Obmann des Prüfungs- und Kontroll-Ausschusses habe ich bei weitem nicht Eindruck, sondern man sagt nur, naja, man läßt es zwar kontrollieren, aber bitte ja keine Wellen deswegen, das lassen wir lieber links liegen. Wenn nicht endlich einmal die Bereitschaft

besteht, daß man Wahrnehmungen über Mißstände im Land auch ernst nimmt, aber nicht nur, daß wir als Abgeordnete reden, und ich kann es ernstnehmen soviel ich will, ich werde das auch ernstnehmen. Aber solange die, die an der Spitze sind in diesem Land, nicht einmal wissen, daß der Bericht diskutiert wird, und das vergessen haben oder durch Einstellung zeigen, daß sie das gar nicht für bedeutsam halten, solange werden wir über die Berichte weiterdiskutieren, und ich sehe da schwer einen Ausweg, daß man die Probleme wirklich in den Griff bekommt. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 12.45 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Wiedner. Er hat das Wort.

Abg. Wiedner (12.45 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Im uns vorliegenden 13. und 14. Bericht der Volksanwaltschaft an den Steiermärkischen Landtag ist auf den Seiten 109 bis 120 auch der Bereich des Gemeinderechtes mit einigen Fällen angeführt. Es handelt sich dabei wieder einmal um Angelegenheiten einer Finanzierung der Wahlwerbung aus Gemeindemitteln, der Nichtanfertigung von Kopien der Sitzungsprotokolle, fehlende Gemeinderatsbeschlüsse und so weiter. Eigentlich nichts Neues, auch nicht weiß Gott Tragisches, aber doch.

Die aufgezeigten Fälle im vorangeführten Bericht geben mir jedoch Anlaß, um auf die derzeit gesetzlich und praktisch gehandhabte Form der Gemeindeaufsicht hinzuweisen. Zuzufolge der Gemeindeordnung, deren dringende neue Überarbeitung im neuen Landtag alle Formen wieder annimmt, übt gemäß Paragraph 96 der Gemeindeordnung das Land das Aufsichtsrecht über die Gemeinden aus. Weiters wird darin angeführt, daß auf die Ausübung des Aufsichtsrechtes und auf die Art, in der es ausgeübt wird, niemandem ein Rechtsanspruch zusteht. Aufsichtsbeschwerden sind an keine Frist gebunden. Sie können zwar jederzeit und von jedermann eingebracht werden, doch besteht seitens des Einbringers kein Anspruch auf Erledigung ihrer Beschwerde durch die Behörde. Darüber hinaus kann nicht einmal aus Gründen einer Nichterledigung oder einer ablehnenden Erledigung der Verwaltungsgerichtshof angerufen werden. Es gibt nur zwei Ausnahmen, erstens im Vorstellungsverfahren und zweitens in Fällen, in denen aufsichtsbehördliche Genehmigung vonnöten ist. Ansonsten gibt es für den Beschwerdeführer nur die Möglichkeit der Volksanwaltschaft, diese Berichte liegen uns ja vor, welche in weiterer Folge auch nur Empfehlungen erteilen kann. Eine Möglichkeit, der keine große Effizienz zugemessen werden muß.

So steht es im wesentlichen in unserer Gemeindeordnung aus dem Jahre 1967. Aber so kann es wohl nicht sein in unserem Rechtsstaat Österreich, in der Steiermark und in unserer demokratischen Staatsform des ausklingenden 20. Jahrhunderts.

Im Amt der Steiermärkischen Landesregierung ist die Rechtsabteilung 7 für die Aufsichtspflicht gegenüber den Gemeinden zuständig. Die Rechtsabteilung 7 hat aber nicht nur einen Chef, nein, sie hat gleich zwei politisch verantwortliche Referenten. Zuerst einmal die Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic im

großen und ganzen und verkürzt zuständig für die VP-Gemeinden, und ihr Stellvertreter Peter Schachner, der für die SP-Gemeinden verantwortlich ist. Schön proporzmäßig aufgeteilt, wo jeder seine Klientel in beziehungsweise an der Hand hat. Darüber hinaus laufen über die Rechtsabteilung 7 auch die Bedarfszuweisungen für die Gemeinden – und das hat mir Landeshauptmannstellvertreter Schachner ja bei der Fragestunde ganz genau erläutert – nach politischen Entscheidungen. Diese Geldverteilung, immerhin sind es 1,1 Milliarden im Jahr, die von Landeshauptmann und Landeshauptmannstellvertreter im Verhältnis von 50 zu 50 den Gemeinden zugewiesen werden, genauso wie das Beschwerdewesen laufen über für Außenstehende kaum kontrollierbare und daher nicht nachvollziehbare Schienen.

In der Rechtsabteilung 7 hat man sich damit schwarze Einflußmöglichkeiten aufgebaut, indem wichtige Fäden zusammenlaufen und viel freien Spiel- und Entscheidungsraum lassen. Denn weder im Beschwerdewesen, ich habe früher die Gemeindeordnung zitiert, noch in der Verteilung der Bedarfszuweisungen hat man sich an Auflagen gebunden. Die Möglichkeiten der parteipolitischen Einflußnahme sind nahezu unbeschränkt, und kein Unliebsamer hat Zugang oder Einblick. Es kann doch nicht sein, daß gerade hinsichtlich der Aufsichtsbeschwerden keinerlei Transparenz herrscht. Es ist niemand bestrebt, daß jeder einzelne Fall durch die Presse gezogen wird. Es sind natürlich auch Beschwerden dabei, die allgemeiner beziehungsweise unwichtiger Natur sind. Jedoch dürfen diese Aufsichtsbeschwerden nicht vom Beschwerdeführer initiiert, über die Rechtsabteilung 7 beim politisch zuständigen Referenten und dem betroffenen Bürgermeister in einem Kreisverkehr landen, zu dem keiner mehr Zugang hat. Diesen Kreisverkehr kann man dann so lange im Laufen halten, bis sich der Fall entweder einmal selbst erledigt, es dem Beschwerdeführer einfach zu dumm wird oder der Akt unerledigt in einem Ordner landet. Und dazu noch mit der Möglichkeit legitimiert, daß niemals eine Entscheidung getroffen werden muß. Es wird mir zwar versichert, daß dem nicht so ist – ich will das auch so glauben, Herr Hofrat Schille –, die Möglichkeiten jedoch dafür bestehen, und die gehören nach unserer Meinung ausgeschaltet. Durch die parteipolitisch aufgebauten Zuständigkeiten kann es dann passieren, wie im vorliegenden Fall der Volksanwaltschaft, daß natürlich beispielsweise der schwarze oder auch rote Gemeindeferent feststellt, daß die Aussendung seines Bürgermeisters und Parteikollegen vor der Gemeinderatswahl keinesfalls eine parteipolitische Werbung darstellt, sondern eine objektive Information über die Leistungen des Bürgermeisters. Dabei kann aber auch der Eindruck entstehen, daß nach dem Motto „eine Krähe peckt der anderen kein Auge aus“ vorgegangen werden kann. In jedem Fall bleibt, wenn keine objektive Entscheidungsebene eingezogen wird, ein bitterer Nachgeschmack zurück. Haben wir das notwendig?

Nahezu alle Einflußnahmen können ausgeschaltet werden, wenn man eine unabhängige Kontroll- beziehungsweise Entscheidungsebene einzieht. Wie diese Stelle aussieht, darüber kann und wird man im Zuge der Novellierung der Geschäftsordnung beziehungs-

weise der Gemeindeordnung diskutieren müssen. Es sind viele Varianten möglich, jedoch unmöglich ist die derzeit gehandhabte Form der Erledigung. Dazu kommt noch der Umstand, daß die Rechtsabteilung 7 gar keinen Beschluß einer Gemeinde aufheben kann und auch sonst außer den Bedarfszuweisungen der politischen Referenten faktisch kein Mittel hat, Beschlüsse oder Entscheidungen durchzusetzen. (Abg. Tasch: „Gott sei Dank!“)

Wozu brauchen wir dann eigentlich die Möglichkeit der Aufsichtsbeschwerde, wenn die Erledigung schlimmstenfalls gar nicht durchzusetzen ist? Laut Faxmitteilung der Rechtsabteilung 7 – ich bedanke mich für die rasche Mitteilung, Herr Hofrat Schille – waren es im Jahre 1995 83 Eingaben, die als Aufsichtsbeschwerden bezeichnet wurden und die von Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes eingebracht wurden. Erledigt wurden sie, wie mir auch in diesem Fax mitgeteilt wurde, und ich will es auch in diesem Fall nicht anzweifeln, alle. Aber wie, das wissen wir nicht, das entzieht sich unserer Kenntnis. Heuer sind wir bereits mit Stand 31. März 1996 bei 42 Aufsichtsbeschwerden, also eine steigende Tendenz. Dem Landtag, uns Mandataren beziehungsweise dem Gemeinde-Ausschuß muß die Akteneinsicht möglich gemacht werden. Es muß die Entscheidung nachvollziehbar sein. Dafür werden wir uns einsetzen, dafür werden wir votieren. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 12.54 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Wicher. Ich bitte sie ans Rednerpult.

Abg. Wicher (12.54 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Herren und Damen!

Sie werden sich wundern, warum ich jetzt die Herren an den Anfang stelle, aber mein lieber Kollege Tasch hat sich früher beklagt, daß Herren in der Anrede immer die Damen zuerst ansprechen. Und da ich wirklich für Gleichbehandlung bin, dachte ich mir, ich sage einmal Grüß Gott und begrüße die Herren als erstes. (Allgemeiner Beifall.) Das ist eigentlich das Ende des lustigen Teiles.

Im Bericht der Volksanwaltschaft gibt es eine Passage, in der die Tochter einer betagten Dame Beschwerde führt, daß ihrer Mutter in einem Pflegeheim, in diesem Fall in einem Landespflegeheim, der Zugang zu dem ihr zustehenden Taschengeld nicht gewährt wurde. Es wurde auch der Tochter nicht gewährt, und zwar hat die Tochter eigentlich immer in diesem Fall für die persönlichen Bedürfnisse ihrer betagten Mutter gesorgt. Es gibt viele Dinge, die einem älteren, alten Menschen den Aufenthalt in einem Pflegeheim, in einem Altenheim, einfach etwas schöner, etwas erträglicher machen. Das sind Kleinigkeiten. Das ist, was weiß ich, vielleicht einmal eine Tafel Schokolade oder eine Zeitung unter Umständen. Und das war ihr nicht möglich. Nicht, daß die Tochter sich geweigert hätte, ihrer Mutter diese Dinge aus eigenen Mitteln zu bezahlen und zukommen zu lassen, sondern es ist ihr darum gegangen, Beschwerde darüber zu führen, daß einer alten Dame das ihr zustehende Taschengeld nicht gegeben wurde. Das Taschengeld setzt sich zusammen aus 20 Prozent der Pension und 20 Prozent des Pflegegeldes der

Stufe III – ab dem neuen Pflegegeldgesetz werden es ja nur mehr 10 Prozent sein. Ich möchte gleich darauf hinweisen, was das bedeutet. Das sind 569 Schilling oder 589 Schilling im Monat. Das ist wenig.

Ich kenne behinderte junge Menschen, die nie eine Berufstätigkeit hatten, die also behindert wurden, bevor sie eine Berufsausbildung, eine Schulausbildung zu Ende bringen konnten, die sich jetzt in einer Behinderteneinrichtung befinden und für die diese früher 20 Prozent – das war also etwas mehr als 1100 Schilling – das einzige Geld war, über das sie verfügen konnten. Nämlich insofern verfügen, daß sie sich vielleicht einmal ein notwendiges Kleidungsstück, ein paar Schuhe kaufen konnten – von irgend welchen Kino-, Theater-, Sportplatzbesuchen überhaupt nicht zu reden.

Das war ein kleiner Hinweis, was das bedeutet, daß das Pflegegeld jetzt bei Neuansträgen – das möchte ich noch dazusagen, also nicht bei bestehendem Pflegegeldanspruch, sondern bei Neuansträgen – auf 10 Prozent gekürzt ist.

Das sind Dinge, die man sich vergegenwärtigen muß. Das bringt einfach einen ganz tiefen Einschnitt in die Lebensqualität eines Menschen.

Ich möchte Sie bitten, wenn Sie mir gestatten, mit mir ein kleines Beispiel durchzudenken. Es ist ja so, daß die Klage der Tochter dieser betagten Dame erstens einmal kein Einzelfall ist – leider Gottes.

Zweitens geht diesem Zustand eine Entwicklung voraus. Man befindet sich ja nicht gleich in einem Altenpflegeheim oder in einem Pflegeheim überhaupt.

Bitte denken Sie mit mir das durch: Eine ältere Dame, eine pensionierte Lehrerin, eine Volksschuldirektorin, sie hat, weil sie einfach durch ihr Leben für die Schule, für ihre Schulkinder, die sie geliebt hat, verabsäumt, oder bewußt, eine eigene Familie aufzubauen. Sie hat Verwandte, aber keine eigene Familie. Sie hat sich mit ihrem Leben sehr gut arrangiert. Sie bewohnt eine hübsche Wohnung, die sie im Laufe der Jahre mit viel Liebe eingerichtet hat. Sie hat Haustiere, sie hat einen Bekanntenkreis. Sie schafft es mit Hilfe einer Zuehfrau, die Wohnung in Ordnung zu halten. Sie legt Wert darauf, selbst einkaufen zu können, sich meistens selbst zu kochen. Sie erledigt ihre Bankgeschäfte, trägt Erlagscheine zur Post. Was immer auch. Sie führt wirklich ein selbstbestimmtes Leben. Und dann eines Tages bricht über sie ein Schicksalsschlag hernieder. Sie erleidet einen Schlaganfall. Der Schlaganfall bewirkt, daß man sie in die Klinik einliefert, sie wird dort nach allen Regeln der medizinischen Kunst behandelt – ihr Zustand bessert sich. Sie ist imstande, nach Rehabilitation beziehungsweise Logopädie, wieder zu sprechen. Es stellt sich heraus, daß ihr geistiger Zustand eigentlich wiederhergestellt ist. Ihr körperlicher Zustand läßt es jedoch nicht zu, daß sie wieder in ihre gewohnte Umgebung, in ihre Wohnung, zu ihrem heißgeliebten Mobiliar, zu ihren Büchern, zu ihren Haustieren und so weiter zurückkommt, auch nicht mit Hilfe mobiler Hilfsdienste. Es geht einfach nicht. Es tritt dann ein Gremium zusammen. Man berät, wie man mit diesem Fall zurechtkommen könnte. Man bezieht sie eigentlich in diese Überlegungen überhaupt nicht ein, obwohl sie wieder ohne weiters imstande wäre, mitzudenken und ihre Bedürfnisse anzumelden. Man beschließt, sie muß in

eine Pflegeeinrichtung, weil es anders nicht geht. Viele Experten sind bemüht, sind wirklich bemüht, für sie einen entsprechenden Platz zu finden – man findet auch einen. Ohne daß sie wieder in ihre vertraute Umgebung kommt, kommt sie in ein Pflegeheim. Sie ist reduziert auf ein Bett und ein Nachtkästchen, einen Kasten vielleicht, aber sie braucht ja eigentlich nicht viele Kleider, die dort aufbewahrt werden sollen.

Und dann passiert es, daß man ihr nicht einmal zutraut, zumutet, über ein Taschengeld, das ihr zusteht, selbst zu entscheiden. Das kommt auf ein Konto für Auslagen, die also eventuell durch die Kostenschüsse, die da geleistet werden, nicht gedeckt sind. Es gibt Auslagen, zum Beispiel in manchen Einrichtungen müssen Patienten, Patientinnen selbst Medikamentengebühr bezahlen.

Sie müssen ihre Windeleinlagen zum Beispiel bezahlen, einen nötigen Friseur, was immer auch. Aber das wird einfach von diesem Konto bezahlt, und man verweigert ihr praktisch, selbst darüber zu entscheiden, was sie mit dem ihr verbliebenen Taschengeld machen möchte. Ich meine, natürlich würde sie ohne weiters das bezahlen, was vom Heim oder der Pflegeeinrichtung gefordert wird. Aber sie kann, wenn man das also wirklich kraß ausdrückt, nicht einmal eine Tageszeitung kaufen. Und ich habe das wirklich erlebt, da ich einige Male im Jahr Altenheime aufsuche, man findet kaum auf Nachtkästchen Zeitungen zum Beispiel. Ich meine, abgesehen davon, daß es vom Pflegepersonal nicht gerne gesehen wird aus Gründen der Hygiene oder was immer, wenn das Nachtkästchen zu sehr angeräumt ist.

Aber ich würde Sie jetzt bitten, sich das zu überlegen. Jemand, und es handelt sich nicht nur um ältere Menschen, es kann also wirklich junge Menschen, die plötzlich ein Pflegefall werden, auch treffen. Sie sind auf einmal praktisch entmündigt, man traut ihnen nicht zu, daß sie über das ihnen verbliebene Geld, und das ist ja ohnehin wenig genug, selbst verfügen können. Und deshalb würde ich Sie alle bitten, wenn Klagen, Beschwerden solcher Art an Sie herangetragen werden, bitte nehmen Sie sie ernst. Ich hoffe, ich konnte Ihnen das jetzt klarlegen, da stecken Menschenschicksale dahinter, und das sind keine Einzelfälle, und ich finde, es ist unwürdig, einem alten Menschen, der sein Leben lang gearbeitet hat, der sein Leben aufgebaut hat, der sein Leben gemeistert hat, der sehr viel für die Allgemeinheit getan hat, plötzlich auf ein Bett und ein Nachtkästchen auf satt und sauber zu reduzieren. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall. – 13.05 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Brunner.

Abg. Dr. Brunner (13.05 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Fall, den jetzt Frau Kollegin Wicher für mich sehr berührend geschildert hat, ist ein sehr plastisches und drastisches Beispiel für die Situation, mit der wir an solche Berichte der Volksanwaltschaft, aber auch andere Berichte, herangehen. In diesen Berichten sind zahlreiche Informationen darüber enthalten, wie Dinge besser gemacht werden können. Ich sehe in diesen Berichten nicht primär Anklageinstrumente

gegenüber der Landesverwaltung, gegenüber Bürgermeistern oder gegenüber der Gemeindeverwaltung, auch nicht Anklageinstrumente gegenüber dem Landtag, sondern diese Berichte sind Fundgruben dahin gehend, daß Dinge, die aufgezeigt werden in Beschwerdefällen, besser gemacht werden können.

Ich gehe davon aus, Frau Kollegin Wicher, daß in diesem Beispiel niemand bösen Willens ist von den Personen, die die Betreuung über haben, von den Personen, die verwaltungsmäßig damit zu tun haben. Was mich stört, ist, daß wir hier im Landtag beschließen, einen solchen Bericht zur Kenntnis zu nehmen, und dabei und damit zur Tagesordnung übergehen. Ich würde mir wünschen, daß wir aus diesen Berichten mehr Konsequenzen ziehen und schneller Konsequenzen ziehen, als das bisher geschieht. Ich gehe davon aus, daß das natürlich auch eine Aufgabe der Abgeordneten ist, die Berichte dahin gehend anzuschauen, welche Initiativen dann formuliert werden können, um aufgezeigte Beschwerdefälle in Zukunft nicht mehr eintreten zu lassen. Aber ich gehe auch davon aus, daß es auch eine professionelle Aufgabe ist, Berichte systematisch durchzuschauen, um dann Vorschläge für Initiativen zu machen, damit aufgezeigte Beschwerdefälle, aufgezeigte Problemlagen in der Zukunft nicht mehr vorkommen.

Ich glaube, daß es notwendig wäre, im Rahmen des Landtages, im Rahmen der Präsidialkanzlei des Landtages eine Art Legislativdienst einzurichten, der solche Berichte, wie die Berichte der Volksanwaltschaft, aber viele andere Berichte, die an den Landtag erstattet werden, systematisch durcharbeitet, um diese Informationen, betreffend Verbesserung der Verwaltungsabläufe und der Gesetzesebene, herauszufiltern aus diesen Berichten, die wir dann aufgreifen könnten, um entsprechende Initiativen zu setzen, damit in Zukunft die Verwaltungsabläufe unter Umständen verbessert werden.

Ich möchte daher einen Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung der Abgeordneten Dr. Brunner, Keshmiri, Dr. Wabl, Mag. Zitz, Dr. Flecker und Purr, betreffend Einrichtung eines Legislativdienstes, stellen, der sich diesem Thema widmet.

„Dem Landtag werden zahlreiche Berichte erstattet. Diese Berichte, wie zum Beispiel der vorliegende Bericht der Volksanwaltschaft, sind Fundgruben für die effizientere Gestaltung der Verwaltungsabläufe, Entbürokratisierung und Deregulierung, die Verbesserung der Vollzugsfreundlichkeit von Gesetzen, die Herstellung von mehr Bürgernähe und so weiter.“

Das Manko besteht darin, daß diese Berichte im Hinblick auf die angesprochenen Reformen der Verwaltung nicht systematisch ausgewertet werden. Eine solche Auswertung könnte Basis für verschiedene Initiativen im Landtag sein, Abläufe in der Verwaltung zu verbessern. Eine solche Auswertung und darauf basierende Initiativen würden nicht nur die Wirksamkeit des Verwaltungshandelns stärken, sondern durch Beseitigung von Schwachstellen, wie zum Beispiel Überbürokratisierung und Überreglementierung, zu Kosteneinsparungen führen. Die mit der beantragten Installation eines Legislativdienstes verbundenen Kosten könnten durch die erzielbaren Einsparungen gedeckt werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den Antrag, die Landesregierung wird aufgefordert zu überprüfen, ob und inwieweit der Präsidialkanzlei des Landtages ein Legislativdienst, bestehend möglicherweise aus zwei Landesbediensteten, zugeordnet werden kann.

Aufgaben des Legislativdienstes sollen insbesondere sein: die systematische Auswertung von Berichten an den Landtag im Hinblick auf Reformnotwendigkeiten beziehungsweise Reformmöglichkeiten der Landesverwaltung; die Erstellung von Wirksamkeitsanalysen von Gesetzen, das heißt Analysen dahin gehend, ob und inwieweit die mit einem Gesetz intendierten Ziele innerhalb bestimmter Zeiträume erreicht worden sind beziehungsweise aus welchen Gründen sie nicht erreicht werden konnten, und die Erstattung von Vorschlägen, betreffend die Rechtsbereinigung.

Der Landtag soll generell oder im Einzelfall Vorgaben für die Arbeit des Legislativdienstes beschließen können. Der Landtag soll ferner ein Schema für die Erstattung der Berichte an den Landtag beschließen können, das die Auswertung der Berichte erleichtert.

Ferner soll der Landtag den Legislativdienst mit der Durchführung eines konkreten Vorhabens betrauen können. Dieses Recht soll zweimal während einer Legislaturperiode auch jeder der im Landtag vertretenen Parteien zustehen."

Ich habe meinen ursprünglichen Beschlußantrag so abgeändert, daß alle Fraktionen des Hauses diesen Beschlußantrag unterstützen können, und vier Fraktionen sind auch namentlich auf dem Antrag drauf. Ich möchte alle Damen und Herren des Hauses bitte, dem Beschlußantrag zuzustimmen.

Gestatten Sie mir noch ein abschließendes Wort zu den Berichten der Volksanwaltschaft, und zwar im Zusammenhang mit Bauwesen und Raumordnung. Es ist schon gesagt worden, daß zahlreiche Beschwerdefälle diese Politikbereiche und Rechtsangelegenheiten betreffen, und das kommt nicht von ungefähr. Ich sehe diese Beschwerdefälle in diesen Feldern wiederum nicht als Anklage gegenüber Bürgermeistern und Gemeindeverwaltung. Ich habe mir vor kurzem in einer Lehrveranstaltung das Steiermärkische Raumordnungsgesetz angeschaut und bin aus allen Wolken gefallen. Das ist ein Gesetz, bei dem Juristen Schwierigkeiten haben, es überhaupt zu lesen, geschweige denn, es zu verstehen, um dann den normativen Bedeutungsgehalt dieses Gesetzes herauszufiltern. Ich verstehe die Bürgermeister, ich verstehe Angehörige der Gemeindeverwaltung, wenn sie sagen, da sind sie mitunter heillos überfordert, in fachlicher und in rechtlicher Hinsicht. Die Diskussion darüber, das Bauwesen und das örtliche Raumordnungswesen so quasi den Gemeinden wegzunehmen und auf eine Bezirksverwaltungsebene zu geben, so eine Diskussion halte ich für müßig, sie läuft schon Jahre, und sie wird zu keinem Erfolg gebracht werden, weil ich nämlich die Gemeinden bis zu einem gewissen Grad wieder verstehe, daß sie sich das nicht wegnehmen lassen. Aber man könnte auch hier Überlegungen anstellen, wie man der Gemeindeverwaltung so quasi einen Amtssachverständigen zur Seite geben könnte, auf den die Gemeinde bei der Erfüllung dieser Aufgaben des Bauwesens und der Raumordnung zurückgreifen

kann. Die Kärntner kennen zum Beispiel den Bauanwalt, der nicht in die Kompetenzen der Gemeinde eingreifen darf, der aber eine fach- und rechtskundige Person ist, die bei verschiedenen Verfahren auf dem Gebiet des Bauwesens und der Raumordnung den Gemeinden mit Rat und Tag so quasi als ein amtlicher Sachverständiger zur Seite stehen kann. Ich würde mir wünschen, daß wir auch in der Steiermark solche Überlegungen anstellen, wobei ich nicht dafür bin, daß wir jetzt den Kärntner Bauanwalt kopieren. Aber es sollten hier Überlegungen angestellt werden, wie die Problemlösungskompetenz der Gemeinden gestärkt werden kann, und weniger überlegt werden, den Gemeinden auf dem Gebiet irgend etwas wegzunehmen. (Beifall beim LIF und der ÖVP. – 13.14 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Wir werden über diesen Beschlußantrag im Anschluß an die Debatte abstimmen. Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schleich.

Abg. Schleich (13.14 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Wenn wir den Bericht der Volksanwaltschaft sehr sorgfältig durchlesen und von der Seite der Gemeinde beleuchten und meinen Vorrednern sehr genau zugehört haben, dann muß ich sagen, muß ich mich von vornherein bedanken, daß man großes Verständnis hat gegenüber den Gemeindevertretern, teilweise zumindest. Denn als Bürgermeister – und das in der dritten Periode – kann ich einiges, glaube ich, auch erzählen, aber ich will damit diesen Tag nicht verlängern. Ich möchte Ihnen nur eines sagen, bei der Vielfalt – und wenn man sich das wirklich anschaut – der Raumordnung, der Bauordnung, der Widmung und dann ins Detail mit dem Bürger geht, der ja nicht das Rechtswissen hat, ich verstehe auch, daß es sehr viele Gemeindevertreter nicht haben können, weil – wie vorher gesagt wurde – viele, viele Juristen, Raumplaner – und wenn du fünf fragst, weißt wahrscheinlich weniger als wenn du einen fragst – nicht wissen, wie sie es handhaben sollen, sehr, sehr kompliziert ist. Und wenn ich mir dann anschau bei den vielen Beschwerden, die in der Raumordnung und in der Bauordnung hier eingetroffen sind und auch behandelt wurden, so freut es mich doch, daß in Wirklichkeit nur 15 Prozent zu behandeln waren oder wo etwas nicht in Ordnung war. Aber ich bin sehr glücklich, daß es diese Möglichkeit gibt, denn es gibt auch Kollegen, die es nicht so genau nehmen oder vielleicht nicht so rührig sind, um sich wirklich für den Bürger zu bemühen. Denn sehr oft erwischt es gerade jene Bürgermeister, die sich bemühen, daß er bauen kann, daß er alle Möglichkeiten ausschöpft und in Form der Raumordnung dann an die Grenze kommt, ob dies möglich ist oder nicht. Und wer sich das genau durchleuchtet, der weiß ja alleine, wenn ich das Freilandbauen hervorhebe oder Auffüllung im Freiland, dann muß ich sagen, wenn man denkt, daß das umgeben sein soll, wo kann ich dann wirklich ein Haus bauen. Aber es gibt natürlich auch Fälle, wo Bürgermeister eine Bauausschreibung machen, drei oder vier Tage vor der Baukommission, und glauben, das war lange genug, und die Bevölkerung keine

Möglichkeit hat, sich zu informieren, und dann dort draußen steht und nicht weiß, was sie tun soll.

Ich möchte nur ein Beispiel hier zitieren, das in einer Gemeinde war, wo eine Hühnermiststätte hätte kommissioniert werden sollen in der Größenordnung von 600 Quadratmeter. Natürlich nicht bei seinem Haus, sondern im anderen Tal, weil dort riecht er es selber nicht so, weil bei ihm zu Hause die Familie krankheitsbedingt nicht verträgt, ich die Möglichkeit hatte, im letzten Moment von den Bürgern die Unterschrift zu bekommen und jene zu vertreten, und man dann dieses Bauansuchen nach längerer Zeit wieder zurückgezogen hat, weil man doch Angst hatte, es könnte bis in höchste Instanz oder bis zur Volksanwaltschaft gehen. Ich glaube, so etwas kann doch nicht möglich sein, daß man solche Größenordnungen draußen hinstellt und dem Bürger keine Möglichkeit gibt, in Wirklichkeit binnen ein paar Tagen dazu die Erfahrungen eines Rechtswissenschaftlers beziehungsweise seine Informationen einzuholen. Wie auch zum Beispiel – und das muß man auch sagen, wenn ich nur zurückdenke an die Gemeinderatswahl, daß ein Bürgermeister und Nachbarkollege von meiner Gemeinde sogar soweit geht, daß Stimmen gefälscht werden und er verurteilt wird und heute in der gleichen Gemeinde sitzt und meiner Meinung nach sich zwar in der Weise hoffentlich verbessert hat. Es hat seitdem keine Wahl gegeben, aber im Bauverfahren, wenn ich mir das anschau, er es den Bürgern dort so schwierig macht, daß, bevor der baut, lieber sagt, er verzichtet; und er geht woanders hin. Ich glaube, das kann nicht die Sache sein, wenn man in dieser Art vorgeht.

So darf ich mich hier auch bei der Volksanwaltschaft und bei allen bedanken, daß sie dies wirklich in dieser Form führen, und darf noch auf einen Punkt eingehen, was der Kollege Wabl vorher genannt hat aus Gnas. Ich möchte sagen, dieser Fall, der sich über zehn Jahre schon hinzieht – ich möchte die Geschichte nicht noch einmal wiederholen – und diese Geschichte ist auch ein Fall, der endlich einmal wirklich Gehör finden muß, und dort muß auch was geschehen, denn es kann nicht sein, nur weil die Behörde nicht am schnellsten ist oder weil man glaubt, man muß hier nichts tun, weil man irgend jemand wehtut, nicht entscheiden zu können. Ich hoffe, daß diese Beispiele auch vielen helfen in den Ausführungen und daß viele daraus auch lernen, daß man nicht alles tun kann, auch nicht, den anderen nicht zu hören. Ein steirisches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ. – 13.19 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der vorläufig letzte Redner ist der Herr Abgeordnete Schinnerl.

Abg. Schinnerl (13.19 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte auch noch einige Ausführungen zu diesem Bericht der Volksanwaltschaft machen, und ich möchte mich auf einige Punkte beziehen, und zwar über den Sozialbereich. Die Frau Abgeordnete Annemarie Wicher hat ja hier schon ein gutes Beispiel angeführt, wie es eben den Behinderten oder den Pflegegeldbeziehern in unserem Staat gehen kann. Ich möchte auch hier von dieser Stelle aus sagen, daß die besten Gesetze nichts bringen oder nicht das bringen, was sich die Bevölkerung oder die Betroffenen erwar-

ten, wenn nicht die dementsprechende Kontrolle dahintersteht. Daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, glaube ich, daß es sehr, sehr wichtig ist, in allen Bereichen die Kontrolle von den verschiedensten Institutionen zu machen, und gerade von der Volksanwaltschaft. Ich ersuche die Beamten und auch alle Politiker, die mit diesen Gesetzen zu tun haben, daß sie sich wirklich die Mühe machen und auf die aufgezeigten Probleme eingehen, wie sie hier im Bericht angeführt sind. Sehr oft mangelt es an der Gesprächsbereitschaft und an der Überzeugungskraft der Bediensteten. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich meine, daß es sehr, sehr wichtig ist, die verschiedensten Dinge im Gespräch zu klären. Und man sieht auch in diesem Bericht, wenn im nachhinein diese Gespräche stattfinden, daß dann sehr, sehr oft oder fast immer diese Aufsichtsbeschwerden oder sonst die Hilfestellungen der Volksanwaltschaft überflüssig gewesen wären. Ich denke hier auch an den wichtigen Bereich des Pflegegeldes. Es ist dies ein großer Brocken, wo es bei der Einstufung des Pflegegeldes zu sehr großen Ungerechtigkeiten kommt. Es gibt hier Ungerechtigkeiten, wo immer wieder zu bemerken ist, daß es Einstufungsunterschiede gibt, zum Beispiel ob Anträge auf Pflegegeld von Personen gestellt werden, die sich in Pflegeheimen aufhalten, oder ob es sich um einen Personenkreis handelt, der nur in häuslicher Pflege gepflegt wird. Denn bei diesen Einstufungen, so muß man des öfteren feststellen, wird nicht mit dem gleichen Maß gemessen. Viele wissen von vornherein, daß sich Personen, die in häuslicher Pflege gepflegt werden, vielleicht des öfteren von vornherein gar nicht wehren, weil sie unter Umständen gar nicht wissen, welche Rechte sie haben. Jetzt könnte der Einwurf kommen, „ja, es gibt bei jeder Einstufung oder bei jedem Bescheid die Möglichkeit der Berufung“. Ja, schön! Das gibt es zwar, aber sehr, sehr viele und gerade die ältere Generation kann mit diesem Berufungsmechanismus nicht sehr viel anfangen. Sie verlassen sich auf die Beamten, sie verlassen sich darauf, daß die Einstufung richtig ist. Das war wichtig, einmal aufzuzeigen, daß nicht mit gleichem Maß gemessen wird. Des weiteren gibt es bei diesen Einstufungen ebenfalls noch weitere große Benachteiligungen, wo man sagen kann, daß die Verfahren, wenn sich ein Pflegling einmal zur Wehr setzt, dann diese auch viel zu lange dauern.

Es gibt Anträge um Pflegegeld beziehungsweise Bewerber um Pflegegeld, die einige Male hintereinander abgewiesen werden. Dann wird wieder ein neuerliches Ansuchen gestellt, und so kenne ich zum Beispiel einen Fall, wo dreimal um Pflegegeld angesucht wurde und dreimal hintereinander abgelehnt wurde. Beim dritten Mal war schon das Gesetz in Kraft, wo man das Berufungsrecht für die Pflegestufe 3 bis 7 hatte. Diese Berufung dauert bis jetzt ein Jahr lang. Ein Jahr lang hat diese Familie keinen einzigen Schilling Pflegegeld erhalten, obwohl zu sagen ist, daß die Frau nur eine Pension von 4200 Schilling hat, der Pflegling, der Ehegatte, nur eine Pension von 6300 Schilling, daß dieses Ehepaar drei Kinder hat, wobei zwei Kinder noch einen Schulbesuch zu absolvieren haben, wobei die Frau auch noch die Hauskrankenpflege aus den Pensionseinkünften bezahlen muß, weil diese Berufung schon drei Monate zurückliegt

und bis jetzt noch kein einziger Schilling an Pflegegeld ausbezahlt wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da frage ich mich, ob dieses Gesetz tatsächlich der Wohlmeinung der Abgeordneten entspricht, wie wir es hier im Hohen Haus beschlossen haben.

Und es schreibt auch der Volksanwalt ganz hinten beim Abschlußbericht, die Volksanwaltschaft stellt zusammenfassend fest, daß es Pflegegeldwerbern und ihren Angehörigen, welche die Pflege übernehmen, unzumutbar ist, auf bereits zuerkannte oder zu erwartende Leistungen monatelang warten zu müssen, in diesem Fall über ein Jahr lang warten zu müssen. Und daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, glaube ich, daß es besonders wichtig ist, daß nicht nur die Gesetze geschaffen werden, sondern daß man auch hier Voraussetzungen schaffen muß, damit die Leute, die hilfsbedürftigen Menschen, schneller zu ihrem Geld kommen. Und ich möchte von dieser Stelle aus alle Betroffenen auffordern, in Hinkunft in jedem Fall, bei jeder ungerechten Behandlung, die Volksanwaltschaft zu befragen und auch in jedem Fall unserer Frau Landesrätin einen Bericht beziehungsweise Abschrift zuzusenden, daß sie sich als Beschwerdeführer an den Volksanwalt gewandt haben. Denn ich glaube, daß wir den hilfsbedürftigen Menschen, die ohnedies wenig Geld haben und die sich oft nicht um ihre Rechte wehren können, helfen müssen. Denn was haben wir gemacht? Wir haben – wie auch die Abgeordnete Annemarie Wicher schon gesagt hat – das Taschengeld gekürzt von 1138 Schilling auf 569 Schilling, sozusagen um die Hälfte gekürzt. Was kann man mit 569 Schilling bewegen? Man kann sich nicht einmal einen Friseur leisten, keine Zeitung kaufen, alle anderen persönlichen Bedürfnisse auch nicht berappen. Ich glaube, daß es eine unmenschliche Härte war, gesetzlich festzulegen, das Taschengeld gleich um 50 Prozent zu kürzen. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist keine menschenwürdige Vorgangsweise, denn das Mindeste, was man einem Menschen lassen muß, soll wohl das sein, daß er sich persönliche Bedürfnisse nach einem arbeitsreichen Leben auch noch leisten kann.

Und für den ersten Fall hier in diesem Bericht, wo es um den Härtefall der Pflegekinder geht, möchte ich mich den Ausführungen von Martin Wabl anschließen. Ich glaube, der Herr Abgeordnete Martin Wabl hat das gesagt, daß auch hier die zuständige Frau Landesrat tätig werden soll und über diese Problembereiche laut Volksanwaltschaft neue Richtlinien erstellen soll. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 13.28 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Löcker. Bitte ans Rednerpult.

Abg. Ing. Löcker (13.28 Uhr): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Durch die vorangegangene Wortmeldung wurde ich animiert, auch einen Beitrag zu leisten. Ich werde mich bemühen, kurz zu sein.

Die ganzen Beiträge haben gezeigt, wie wichtig in einem zivilisierten Staat Gesetze und Normen sind und deren Einhaltung und vor allem auch deren

Kontrolle durch die Volksanwaltschaft. Wenn man aber im politischen Alltag ist, dann kann man auch ein anderes Phänomen feststellen, und ich möchte das jetzt nicht aufwiegen gegen die vorangegangenen Wortmeldungen, aber ich glaube, es ist eben vorhanden.

Und das eine ist das, daß wir mit zunehmendem materiellem Wohlstand eine immer größer werdende geistige Vereinsamung haben, und daß viele Probleme, die wir jetzt mit viel materiellem Aufwand lösen wollen, die Ursache in einem ganz anderen immateriellen Bereich haben. Ein Bürgermeister unseres Bezirkes sagte mir unlängst: „Ich habe sehr viele Vorsprechende bei den Amtsstunden. Sie nennen mir am Anfang einen offiziellen Grund, worüber sie sich informieren oder beschwerden wollen. Und im Zuge des Gespräches verlieren sie dann diese Thematik sehr bald, und man stellt eigentlich fest, daß es ihnen in erster Linie um eine Ansprache, um eine Wertschätzung und um eine Anerkennung geht, und weniger eigentlich um das zuerst offiziell genannte Anliegen.“ Und da sind wir wirklich bei dieser geistigen Vereinsamung. Und ich stelle das zum Beispiel im Bezirk Graz-Umgebung ganz nüchtern fest, daß jene Gemeinden, die am finanzkräftigsten sind, die ihren Bürgern am meisten bieten können, politisch eher in Turbulenzen kommen, daß dort die Regierenden eher verlieren, als in armen Landgemeinden, wo der Schilling zweimal umgedreht werden muß, bevor er ausgegeben werden kann, weil dort wiederum die Menschen eher ein Verständnis haben, auch vielleicht auf Grund der besseren Überschaubarkeit der kleineren Gemeinde, daß man sich bemüht, und man akzeptiert das Bemühen, der Wille gilt dort für das Werk. Dieses Phänomen sollten wir beachten. Und wenn man mit jemandem spricht, der in einer Ombudsredaktion bei einer Zeitung ist, dann wird der bestätigen, daß in letzter Zeit die Menschen Dinge für unerträglich finden, die eigentlich ganz normal sind. Viele Dinge, Beschwerden, die wir durch Gesetze regeln wollen oder in den Griff bekommen wollen, sind eigentlich keine echten Probleme. Und hier fragt man sich, ob nicht die Politik zum Teil eine Aufschaukelung betreibt, daß sie eben versucht, auch oft im ehrlichen Bemühen, will ich gar nicht bestreiten, diesen Dingen sozusagen zu entsprechen, und in Wirklichkeit wird dann die Gesetzesflut immer größer, und wie wir wissen, immer unmenschlicher. Die eigentlichen Verdienner sind dann Notare, Anwälte und wer weiß, wer sonst noch, aber nicht diejenigen, die es eigentlich wirklich betrifft. Es ist etwas Ironie, aber unlängst las ich in einer Zeitung: „Die Not selbst ist ein gesellschaftliches Bedürfnis geworden. Notleidende müssen gefunden werden, damit die Wohltäter ein Opfer haben.“ Das ist sicher nicht der Standardfall, aber es kommt in verschiedenen Bereichen durchaus vor. Und wenn ich vorige Woche zum Beispiel in einer steirischen Zeitung gelesen habe, daß da an einem Badensee, wo 20.000 Menschen sind, jemand verunglückt kann und man dem Betreiber Vorwürfe macht, daß er nicht genug Bademeister eingesetzt hat, damit das nicht passieren kann, wobei die Eltern selbst nicht in der Lage waren, die Kinder zu beaufsichtigen, durchaus sogar verständlich, und dann in der Zeitung steht „sogar die Badegäste mußten Erste Hilfe leisten“, dann sagt das

ja schon alles aus, welches Verständnis wir für Selbstverständlichkeiten haben.

Ich glaube also, wir sollten in Zukunft nicht nur den Berichten von Volksanwaltschaften Augenmerkschenken, sondern einer ganz natürlich, uns hoffentlich noch angeborenen Hilfsbereitschaft, die für unsere Gesellschaft genauso notwendig ist. (Beifall bei der ÖVP. – 13.32 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Wir haben zwei Abstimmungen vorzunehmen.

Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin auf Kenntnisnahme des 13. und 14. Berichtes der Volksanwaltschaft an den Steiermärkischen Landtag zu-

stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zum Antrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Dr. Wabl, Mag. Zitz, Dr. Flecker und Purr, betreffend Einrichtung eines Legislativdienstes. Wer diesem Antrag zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag ist angenommen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 13.33 Uhr.)